

DP

DEUTSCHE POLIZEI

01/22

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Mit Tarifergebnis zufrieden

Standgehalten





POLIZEI

In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



IN EIGENER SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

Ihre und Eure DP-Redaktion wünscht Ihnen und Euch ein gutes, gesundes und sicheres neues Jahr.

An dieser Stelle möchte ich zudem die Gelegenheit nutzen, einen langjährigen Weggefährten in den wohlverdienten Ruhestand zu verabschieden. Mit Wolfgang Schönwald (wsd) verlässt uns ein erfahrener Journalist der guten, alten Leipziger Schule. Nach vielen Jahren des hektischen Geschäftes in mehreren Nachrichtenagenturen stieß unser schon mit der GdP und innenpolitischen Themen vertraute Kollege Anfang 2013 zur Berliner Bundesgeschäftsstelle und betrieb von da an das Geschäft der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von der „gegenüberliegenden Seite“.

Wir werden seine präzise, geschliffene Schreibe jedoch nicht allzu lange vermissen müssen, wie er bereits andeutete. Viel mehr jedoch trifft das auf die gemeinsamen Komma-Diskussionen in den Korrekturrunden des DP-Redaktionsschlusses zu. Eines sei Dir in Abwandlung eines mopsigen Loriot'schen Sinnspruches gesagt: Ein Leben ohne GdP ist möglich, aber sinnlos. Lieber Wolfgang, vielen Dank.

200.000
GdP-Mitglieder

Und wo wir gerade bei der GdP sind. Nach vielen Jahren in knapper Reichweite hat unsere Gewerkschaft zum Jahreswechsel die ersehnte Mitgliederzahlenhürde „200.000“ gerissen. Dabei soll es auch bleiben. Wir werden uns dafür ins Zeug werfen. Allen Dazugekommenen und Treugebliebenen, vielen Dank für Euer Vertrauen in die GdP.

Michael Zielasko
DP-Chefredakteur



Titel

- 2 Wir haben standgehalten
- 4 Durchbruch in dritter Runde
- 6 FAQ – Fragen und Antworten zum Verhandlungsergebnis

Hingeschaut

- 10 Die GdP-Ampel zur Ampel
- 32 Enthemmt
- 38 Polizei und Rettungsdienst üben gemeinsam

Kommentiert

- 11 Gute Ansätze, offene Fragen
- 36 ... mit guter Balance

Gelesen

- 12 Geistig auf gepackten Koffern

Im Gespräch

- 16 Der Kampf im Kopf
- 21 Das hat mit Fußball nichts zu tun

Vor Ort

- 18 Innenminister gegen Antisemitismus

Innenleben

- 20 Planänderung – leider
- 24 „Gekommen, um zu bleiben!“
- 27 Gemeinsamer mitbestimmen
- 28 Einfach machen
- 35 Wer's wissen will
- 39 GdP Baden-Württemberg mit neuem Vorsitzenden
- 40 Print-„BM“ auch künftig im Abo

Service

- 37 Mit diesen Tipps Steuern sparen

Kongress-Ticker

- 40 Impressum



Foto: Kay Henschelmann

GdP-Tarifvorstand René Klemmer: Änderungen am Arbeitsvorgang abgewehrt.

TARIFRUNDE: AUSSERGEWÖHNLICHE ANSPANNUNG

Wir haben standgehalten

Eine äußerst zähe dritte Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder endete nach mehr als 20 Stunden an einem grauen Morgen. Nach hartem Ringen hatten die Gewerkschaften mit Blick auf die geplanten Zumutungen der Arbeitgeber in Potsdam standgehalten. DP sprach mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Tarifexperten René Klemmer, der zur Verhandlungskommission zählte, über das Ergebnis, die Atmosphäre am Verhandlungstisch und künftige Tarifrunden.

Wolfgang Schönwald

DP: Wie bewertest Du, Kollege Klemmer, das erzielte Tarifergebnis mit einem gewissen Abstand?

René Klemmer: Der erreichte Abschluss ist zufriedenstellend. Er ruft zwar keinen Jubel hervor, ist jedoch unter Betrachtung der Gesamtumstände akzeptabel. Ganz entscheidend für uns ist, dass Veränderungen beim Arbeitsvorgang seitens der Arbeitgeber abgewehrt werden konnten. Dies belastete die Verhandlungen von Anfang an enorm. Letztlich ist das auch ein Grund für den Verhandlungsmarathon, da die Arbeitgeberseite sehr lange eine Blockadehaltung einnahm.

DP: Das erste Echo der Beschäftigten zeigt viele positive Reaktionen, jedoch auch Unverständnis über das Ergebnis.

Klemmer: Es ist nachvollziehbar, dass es gerade in den sozialen Medien unmittelbar nach den Verhandlungen sofort kritische Stimmen gegeben hat. Man kann dafür Verständnis haben, dass bei einem Teil der Beschäftigten eine erst ab Dezember 2022 wirkende lineare Erhöhung auf Unmut stößt oder gar als Zahlenfehler angemahnt wurde, aber die Einmalzahlung von 1.300 Euro

darf nicht ganz vergessen werden. So gab es auch Wortbeiträge, in denen es hieß, das sei besser als beispielsweise 50 Euro brutto in einem ersten Schritt ab Jahresbeginn.

DP: Und wie war es nun vor Ort?

Klemmer: Dass die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt werden, hat ja Gründe. Aber ein Beispiel: Noch in der zweiten Runde Anfang November bewegten sich die Arbeitgeber gar nicht. Vielmehr erinnerte die Gegenseite daran, dass sie bereits zu Jahresbeginn betont hatte, wenn die Gewerkschaften beim Arbeitsvorgang nicht mit sich reden ließen, also letztlich Verschlechterungen für die Arbeitnehmer zustimmen würden. Und dann wollten die Arbeitgeber noch nicht einmal über Gehaltserhöhungen sprechen.

DP: Ein erfolgloses Ansinnen aus heutiger Sicht.

Klemmer: Richtig. Wir widersetzten uns allen Angriffen, den Arbeitsvorgang zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Die Folge: Erst bei der dritten und abschließenden Tarifrunde signalisierten die Arbeitgeber schließlich Bereitschaft, mit uns über Entgeltregelungen zu sprechen. Das bedeutet im Rückblick: Es ist uns gelungen, mehr zu erreichen als gedacht, nämlich den Arbeitsvorgang abzuwehren und ihnen gleichzeitig einen Entgeltabschluss abzurufen, was eigentlich von Anfang an strikt abgelehnt wurde.

DP: Deine bisher härtesten Tarifverhandlungen als GdP-Tarifexperte?

Klemmer: Definitiv. Diese war außergewöhnlich. So ein Verhalten habe ich noch nicht erlebt. Blockadehaltungen von Arbeitgeberseite sind uns ja nicht fremd. Doch diese wurden in der Vergangenheit in der zweiten Runde meist ein bisschen aufgeweicht. Es gab bei kleineren Verhandlungsdetails schon mal eine Richtung und erste Einigungsangebote, auch wenn es selten schon zu einem ersten Verhandlungsangebot kam.

DP: Und diesmal?

Klemmer: Diesmal setzten die Arbeitgeber mit Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers an der Spitze auch in der dritten Tarifrunde diese Blockadehaltung unvermindert fort, ohne erste konkrete Zahlen auf den Tisch zu legen. Deshalb war die

Situation schon außergewöhnlich und sehr angespannt.

DP: Da hilft eigentlich der Druck der Straße unter medialer Beobachtung?

Klemmer: Ich muss mit Blick auf die Coronabedingungen feststellen: Die Bereitschaft zu Streiks war bei den Beschäftigten höher als in der Vergangenheit. Uns ist es gelungen, den Kolleginnen und Kollegen klarzumachen, dass der Arbeitsvorgang, das Fundament der Eingruppierung, das große Thema der Arbeitgeber ist. Und da war der Ärger und Unmut bei den Beschäftigten groß, jetzt da noch einzugreifen, wo ohnehin schon schlechtere und zu geringe Eingruppierungen existierten. Die Befürchtung: weitere finanzielle Verschlechterungen. Die Folge: Die Streikbereitschaft wuchs. Leider hat sie sich aufgrund der Pandemie öffentlichkeitswirksam nicht so ausgewirkt wie erhofft. Der Druck kam in den Medien nicht rüber.

DP: Wie schätzt Du künftige Verhandlungen bei angespannten Kassenlagen in Bund und Ländern ein?

Klemmer: Verhandlungen sind personenabhängig. Der Vorstand der TdL wechselt ja alle zwei Jahre, deshalb setze ich meine Hoffnung in bessere Gesprächsbedingungen. Also: Wir haben in der nächsten Tarifrunde der Länder einen neuen Verhandlungsführer auf Seiten der Arbeitgeber, der nicht so speziell in seiner Art ist. Und angesichts der schwierigen Haushaltslage in den Ländern wegen den Corona-Ausgaben gehen die Steuerschätzungen für die nächsten Jahre von besseren Ausgangswerten aus.

DP: Dein Fazit in einem Satz?

Klemmer: Am letzten Wochenende stand es Spitz auf Knopf, das habe ich in Tarifrunden noch nicht erlebt.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



Lauter und sichtbarer Protest.

Foto: Kay Henschelmann

Titel



Die Verhandelenden nach der Pressekonferenz: (v.l.) GdP-Tarifvorstand René Klemmer, Maïke Finnern (GEW), Ulrich Silberbach (dbb), Frank Werneke (ver.di) und der Verhandlungsführer der Länder, Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers.

ÄUSSERST ZÄHE VERHANDLUNGEN

Durchbruch in dritter Runde

Potsdam: Die Nacht zum 29. November 2021 brachte in der dritten Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) den Durchbruch. Nach äußerst zähen Verhandlungen konnten die Gewerkschaften ein aus ihrer Sicht zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis erzielen.

Alberdina Körner

Nach beeindruckenden Warnstreiks und Aktionen war es gelungen, den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen. Nach zum Teil zermürbenden drei Verhandlungsrunden, in denen die Arbeitgeber nicht wirklich zu Verhandlungen bereit waren, hatte sich der Druck von der Straße auf die Verhandlungen ausgewirkt.

Für die Annahme des Verhandlungsergebnisses von den Gremien der Tarifvertragsparteien wurde eine Frist bis 22. Dezember 2021 vereinbart. Alle beteiligten Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter gingen fest davon aus, dass diese Hürde genommen werden würde. Die Bundestarifkommission der GdP hatte dem Verhandlungsergebnis noch am 29. November einstimmig zugestimmt.

Erfolgreicher Pilotversuch

In der vergangenen Tarifrunde mit der TdL hat die GdP erstmalig sogenannte Tarifbotschafterinnen und -botschafter eingesetzt.

An der Tarifpolitik interessierte GdP-Kolleginnen und Kollegen hatten sich zuvor bei der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle melden können, um Informationen rund um die Tarifrunde und deren Verhandlungsstand zu bekommen und weiterzugeben.

Am Ende signalisierten rund 80 Kolleginnen und Kollegen aus unseren Landesbezirken und Bezirken ihr Interesse.

Die Tarifbotschafterinnen und Tarifbotschafter waren in mehreren Videokonferenzen über die Grundlagen und den Ablauf von

Tarifrunden informiert und seit Beginn der Verhandlungen neben der Bundestarifkommission über die aktuellen Verhandlungsstände auf dem Laufenden gehalten worden. Anders als das Bundestarifgremium hatten die sie jedoch kein Stimmrecht, sondern fungierten insbesondere im eigenen dienstlichen Umfeld als Multiplikatoren.

In der vorerst letzten Videokonferenz am 1. Dezember 2021 wurden sie ausführlich über das Verhandlungsergebnis informiert und zu einer Fragerunde eingeladen.

Nicht nur, dass es allen augenscheinlichen Spaß gemacht hat, die Fragen und Anmerkungen aus den Reihen unseres Tarifbotschafter-Teams bildeten zudem eine gute Grundlage für die anschließend erstellte FAQ-Liste aus der Tarifabteilung der Bundesgeschäftsstelle. (siehe Seite 6)

Alle waren sich einig: Das machen wir wieder!

In der nächsten Tarifrunde mit Bund und Kommunen wird also unser Tarifbotschafter-Team erneut an den Start gehen. ■

Verhandlungsergebnis

- 1** Lineare Anhebung der Entgelte um 2,8 Prozent ab 1. Dezember 2022.
- 2** Eine einmalige steuer- und sozialversicherungsfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro. Auszahlung bis März 2022.
- 3** 24 Monate Laufzeit bis zum 30. September 2023.
- 4** Auszubildendenvergütung: Anhebung um 50 Euro und 650 Euro Corona-Sonderzahlung und Übernahmeerklärung.
- 5** Regelungen im Gesundheitswesen.
- 6** Wirkungsgleiche Übernahme auf die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.



Kurzer Fototermin vor Beginn der Verhandlungsrunde.

TARIFRUNDE 2021

FAQ – Fragen und Antworten zum Verhandlungsergebnis

Ende November haben sich Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der dritten Verhandlungsrunde auf eine Tarifeinigung verständigt. Danach erreichten einige Fragen aus dem Kreis der Mitglieder die GdP-Bundesgeschäftsstelle – vor allem zum „Arbeitsvorgang“ und zur Corona-Sonderzahlung. Unser Tarif-Team hat die Antworten.

.....
Michaela Omari

Was ist aus dem zentralen Thema „Arbeitsvorgang“ (AV) geworden?

Die TdL wollte zunächst gar nicht zu den Forderungen der Gewerkschaften verhandeln. Ihre strikte Bedingung war eine Verschlechterung bei der Definition des Arbeitsvorganges, die zu unzähligen schlechteren Eingruppierungen bei den Beschäftigten geführt hätte. Gerade unter diesem Gesichtspunkt sind wir zufrieden, dass es ohne Veränderung beim Arbeitsvorgang zu einer Tarifeinigung kam. Die Arbeitgeber haben das Thema in den laufenden Verhandlungen immer wieder auf den Tisch gebracht.

Die äußerst schwierige Ausgangslage war, dass die TdL unbedingt den Arbeitsvorgang im Paragraph 12 TV-L beziehungsweise die Definition in der Protokollerklärung Nr. 1 zu Paragraph 12 Absatz 1 verändern wollte. Dieser Arbeitsvorgang ist das maßgebende Beurteilungsinstrument für die Eingruppierung der Tarifbeschäftigten. Das hätte einen schweren Einschnitt bedeutet, und die Folge wären Verschlechterungen bei der Eingruppierung gewesen. Dieser zentrale Punkt war auch der Grund für die große Warnstreikbereitschaft der Tarifbeschäftigten. Die von den Arbeitgebern geforderte Veränderung konnte erfolgreich abgewehrt werden. Die Gewerkschaftsseite hat sich vehement gegen die Veränderung gestemmt und konnte hier in den Verhandlungen ihre Gegenwehr durchsetzen.

Wird mit dem Ergebnis der Inflationsausgleich erreicht?

Hier muss der Gesamtabschluss (Corona-Sonderzahlung und Tabellenentgelt) betrachtet werden. Um einen solchen Nettowert wie die Corona-Sonderzahlung zu erreichen, müsste die Vergütung in der EG 6 Stufe 6 um 5,1 Prozent erhöht werden. Auch in allen anderen Entgeltgruppen ist die Wirkung höher als eine Tabellenerhöhung um 2,8 Prozent und kommt damit dem Ausgleich der Inflation sehr nahe beziehungsweise geht darüber hinaus.

Wie ist die Laufzeit des Tarifvertrages?

Die Laufzeit beträgt insgesamt 24 Monate. Der Beginn der Laufzeit der in der Tarifeinigung getroffenen Regelungen ist für den 1. Oktober 2021 festgesetzt. Der Tarifvertrag über die einmalige Corona-Sonderzahlung ist am 29. November 2021 bereits in Kraft getreten. Die Entgeltregelung in der Tarifeinigung (Erhöhung der Tabellenentgelte des TV-L, die Corona-Sonderzahlung, die Dynamik bestimmter Zulagen etc.) endet am 30. September 2023.

In welcher Höhe wird das Tabellenentgelt im Jahr 2022 bis zur Entgelterhöhung ausgezahlt?

Für das kommende Jahr (bis zur linearen Entgelterhöhung am 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent) verbleibt es bei den bisherigen Tabellenentgelten (Anlage B zum TV-L ab 1. Januar 2021). Die Tarifeinigung sieht eine Wiederinkraftsetzung der gekündigten Entgeltregelungen (Entgelttabellen) bis 30. November 2022 vor.

Was bedeutet die Erklärungsfrist?

Die Erklärungsfrist war bei Abschluss der Tarifeinigung für das Verhandlungsergebnis auf den 22. Dezember 2021 festgesetzt worden. Beide Tarifparteien konnten sich innerhalb der Frist intern mit ihren zuständigen Gremien (Tarifkommission, Vorstand) beraten.

Innerhalb der Frist konnte das Tarifergebnis angenommen oder abgelehnt beziehungsweise widerrufen werden. Der TV Corona-Sonderzahlung war bereits am 29. November 2021 unterschrieben worden. Für die übrigen Vereinbarungen der Tarifeinigung war die Erklärungsfrist bis 22. Dezember 2021 vereinbart worden. Das heißt, die Texte der Änderngstarifverträge werden erst

dieses Jahr in den Redaktionsverhandlungen geeint.

Hat sich etwas an der Jahressonderzahlung geändert?

Nein, dies war nicht Verhandlungsgegenstand dieser Tarifrunde. Es verbleibt für die Jahre 2022 und 2023 bei den für 2021 festgelegten Prozentsätzen, die dem Paragraph 20 Absatz 2 TV-L (Jahressonderzahlung) zu entnehmen sind.

Wann wird die Corona-Sonderzahlung gemäß dem Tarifvertrag über eine einmalige Corona-Sonderzahlung (TV Corona-Sonderzahlung) ausgezahlt?

Gemäß Paragraph 2 TV Corona-Sonderzahlung wird diese einmalige Sonderzahlung spätestens mit dem Tabellen-, Ausbildungs-, Studierenden- beziehungsweise Praktikantentgelt für März 2022 ausgezahlt. Dies ist auch abhängig davon, wie schnell die Bezügestellen in den Ländern die Auszahlung umsetzen können. Es kann also sein, dass die Auszahlung in einigen Ländern auch vor März 2022 erfolgt.

Erhalten auch die Kolleginnen und Kollegen, die erst im Jahresverlauf (zum Beispiel ab April 2021) ein Arbeitsverhältnis als Tarifbeschäftigte oder -beschäftigter begonnen haben, die Corona-Prämie?

Ja, da Paragraph 2 Absatz 1 TV Corona-Sonderzahlung folgende Voraussetzung enthält:

- das Arbeitsverhältnis muss am 29. November 2021 bestanden haben und
- in der Zeit vom 1. Januar bis 29. November 2021 muss mindestens an einem Tag Anspruch auf Entgelt bestanden haben.



Foto: Kay Hoeschmann

Lautstarker Protest am Verhandlungsort in Potsdam.

Wie verhält es sich mit der Corona-Sonderzahlung für die Beschäftigten, die sich in Elternzeit/Mutterschutz befinden?

Paragraf 2 TV Corona-Sonderzahlung sieht neben der Regelung, dass diese einmalige Sonderzahlung spätestens mit dem Tabellen-, Ausbildungs-, Studierenden- beziehungsweise Praktikantentgelt für März 2022 ausgezahlt wird, vor, dass in der Zeit vom 1. Januar bis 29. November 2021 mindestens an einem Tag Anspruch auf Entgelt bestanden haben muss. Sollte diese Voraussetzung nicht erfüllt sein, wird die Corona-Sonderzahlung nicht gezahlt.

Hinsichtlich der Mutterschutzzeit sieht Paragraf 2 Absatz 1 Nr. 4 TV Corona-Sonderzahlung eine Gleichstellung vor bezüglich der Regelung, dass an einem Tag Entgelt gezahlt worden sein muss. Folglich erhalten Beschäftigte im Mutterschutz eine Corona-Sonderzahlung.

Wie verhält es sich mit der Steuer- und Sozialabgabenfreiheit, wenn bereits eine Corona-Sonderzahlung (zum Beispiel in Höhe von 1.000 Euro) gezahlt worden ist?

Es ist keine Grenze für die Gesamthöhe einer Corona-Sonderzahlung vereinbart worden. Folglich sollte die/der Tarifbeschäftigte die Corona-Sonderzahlung in Höhe von

1.300 Euro in voller Höhe ohne eine Anrechnung der bereits erhaltenen 1.000 Euro ausgezahlt bekommen.

Steuer- und abgabenfrei wäre allerdings nur der Betrag bis zu 1.500 Euro bis März 2022. Somit wären 500 der 1.300 Euro Corona-Sonderzahlung steuer- und abgabenfrei, die darüberhinausgehenden 800 Euro müssten versteuert und es müssten Sozialabgaben gezahlt werden.

Erhalten auch am 1. Dezember 2021 ausscheidende Tarifbeschäftigte (zum Beispiel wegen Erreichen der Regelaltersrente oder eines Arbeitgeberwechsels) eine Corona-Sonderzahlung?

Ja, da Paragraf 2 TV Corona-Sonderzahlung vorsieht, dass das Arbeitsverhältnis vom 1. Januar bis 29. November 2021 bestanden haben muss und in der Zeit vom 1. Januar bis 29. November 2021 muss mindestens an einem Tag Anspruch auf Entgelt bestanden haben.

In welcher Höhe erhalten Teilzeitbeschäftigte die Corona-Sonderzahlung?

Paragraf 2 Absatz 2 Satz 2 TV Corona-Sonderzahlung verweist auf Paragraf 24 Absatz 2 TV-L, der vorsieht, dass Teilzeitbeschäftigte in dem Umfang Leistungen – hier die Coro-

na-Sonderzahlung – erhalten, der dem Anteil ihrer individuell durchschnittlichen Arbeitszeit entspricht.

Wird die Corona-Sonderzahlung auch an Beamtinnen, Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger gezahlt?

Angekündigt von der TdL ist die wirkungsgleiche Übernahme. Die gesetzgeberische Übertragung der steuerfreien Sonderzahlung auf die aktiven Beamtinnen und Beamte ist laut der Arbeitgeberseite bereits in Vorbereitung. Allerdings liegt diese Entscheidung, ob und in welcher Höhe die Übertragung umgesetzt wird, allein bei den Ländern. Sie haben dafür die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz. Deshalb kann eine Übertragung auf den Beamtinnen-, Beamten- und Versorgungsbereich nicht im Tarifvertrag vereinbart werden.

Sowohl die Besoldung als auch die Bezüge der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhöhen sich ab 1. Dezember 2022, wenn die Länder ihre Ankündigung wahrnehmen. Hier liegt noch viel Arbeit vor den GdP-Landesbezirken, dass die Umsetzung wirklich erfolgt. Vom Angebot der Arbeitgeber zur Corona-Sonderzahlung sind die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger jedoch nicht erfasst.

Jetzt ist es an den Ländern, wie sie beziehungsweise in welchem Umfang sie die Tarifeinigung für ihre Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger umsetzen. Die Länder könnten auch die Corona-Sonderzahlung auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen. Bisher ist die Übertragung in keinem Land geplant. Der Bundesseniorenvorstand kritisiert dies, da somit Versorgungsempfängerinnen- und empfänger einen unverhältnismäßig langen Zeitraum ohne finanzielle Kompensation hinnehmen müssen. Deshalb fordern der Bundesseniorenvorstand und die GdP in den Gesprächen mit den Ministerien, dass für den Zeitraum bis zur linearen Erhöhung zum 1. Dezember 2022 ein entsprechender Ausgleich erfolgt. Orientierung bietet hierfür die Höhe der Corona-Sonderzahlung. ■



Ein Bier für die Heimfahrt? Now you can.

**Heineken 0.0.
Voller Geschmack.
Null Alkohol.**



Die GdP-Ampel zur Ampel

Der Geschäftsführende Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich den Koalitionsvertrag der „Ampel“ aus gewerkschaftspolitischer Perspektive angesehen.

Jeldrik Grups



Wir begrüßen:

- ▶ das Bekenntnis zu einer gut ausgestatteten und ausgebildeten Polizei, zur Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes (öD) und dazu, dass dieser in puncto Vielfalt, Gleichstellung und flexibler sowie digitaler Arbeitsbedingungen Vorbild sein müsse.
- ▶ die Verbesserung von Aus- und Fortbildung, Supervision und Forschung im Polizeialltag zur Stärkung einer gegenüber antidemokratischen Umtrieben und Einstellungen resilienten Polizei.
- ▶ die Förderung von Fachkarrieren und das Intensivieren diversitätsorientierter Stellenbesetzung.
- ▶ die Einführung der Ruhegehaltspflicht der Polizeizulage.
- ▶ das Bekenntnis zur Weiterentwicklung des bundesweiten IT-Projektes „Polizei 2020“.
- ▶ die stärkere Fokussierung auf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK), inklusive einer Ausweitung dazu notwendiger Instrumente.
- ▶ die Absicht der Novellierung des Bundespolizeigesetzes.



Kritisch betrachten wir:

- ▶ die angekündigte Ausweitung der Sicherheitsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern bei der Polizei.
- ▶ die vorgesehene Schaffung einer oder eines Polizeibeauftragten „als Anlaufstelle beim Bundestag mit Akteneinsichts- und Zugriffsrechten“.
- ▶ die Einführung einer sogenannten pseudonymen Kennzeichnung für Polizeivollzugsbeamte.
- ▶ der Wille zur Erhöhung der Eingriffsschwellen für den Einsatz von Überwachungssoftware.
- ▶ die Festlegung verpflichtender Ton- und Bildaufnahmen bei Verhören und im Strafverfahren.
- ▶ das Einführen einer kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken.



Noch offen und/oder zu erläutern sind:

- ▶ die Ausgestaltung und praktische Auswirkung der ambitionierten neuen „Überwachungsgesamtrechnung“ auf die Handlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden.
- ▶ die Bedeutung des „Föderalismusdialoges zur transparenteren und effizienteren Verteilung der Aufgaben“.
- ▶ die konkrete Umsetzung des Bekenntnisses, die Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung so auszugestalten, dass „Daten rechtsicher anlassbezogen und durch richterlichen Beschluss gespeichert“ werden können.
- ▶ wie praktisch umgesetzt werden kann, dass „Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können“?
- ▶ wie das Ziel der „Förderung und Vereinfachung des Personalaustausches und der Rotation zwischen verschiedenen Behörden, zwischen Bund und Ländern sowie zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft“ umgesetzt wird?



Wir vermissen:

- ▶ das Hervorheben des Themas „Gewalt gegen Beschäftigte“.
- ▶ Aussagen über ein Musterpolizeigesetz.
- ▶ Absichten zur Personalmitbestimmung und zu einer Modernisierung des Laufbahnrechts im öffentlichen Dienst.
- ▶ ein Bekenntnis zur Weiterentwicklung des Dienstunfallschutzes sowie zur Förderung partizipativer Projekte zur Förderung einer resilienteren Demokratie.

Kommentiert

KOALITIONSVERTRAG

Gute Ansätze, offene Fragen

Oliver Malchow

Foto: GdP/Hagen Immel



Was wir im Wahlkampf vermisst haben, macht der Koalitionsvertrag in Teilen wieder gut. Die innere Sicherheit ist im Vergleich zum Programm der abgelösten „GroKo“ in der „Ampel“ ein Thema und damit auch die Menschen in der Polizei. Angesichts klarer Bekenntnisse zur Polizei und dem hohen Stellenwert der Sicherheit hierzulande sind wir optimistisch, in einen für Euch zielführenden Dialog eintreten zu können. Unkenrufe, die angesichts der Regierungskonstellation wenig Hoffnung für die Sicherheitsbehörden verlauten ließen, sind verstummt. Mit der Absicht, die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig zu gestalten, geht im Übrigen das zunächst sichtbarste positive Signal aus. Womöglich strahlt es von Berlin auf die Länder aus und ist nur das erste von folgenden. Unsere Kampagne für mehr Wertschätzung hat offensichtlich in den Reihen der Politik verfangen. Bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger. Darauf angesprochen habe ich im Übrigen die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser in meinem Gratulationsschreiben zu ihrer Amtsübernahme. Sie kann daran mitwirken, die teils sehr heterogenen Arbeits- und Rahmenbedingungen für die polizeiliche Arbeit, diese, aus unserer Sicht empfundene Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Uns irritiert jedoch, dass die Gewalt gegen Polizeibesetzte in dem 177 Seiten starken Koalitionsvertrag keine Rolle spielt. Ebenso ist weiterhin die Frage des Dienstunfallschutzes angesichts pandemischer Lagen offen. Das gilt auch für die zunehmenden psychischen Belastungen, die manche und manchen von Euch aus dem Dienst kickten. Ein Selbstläufer werden die nächsten vier Jahre für die GdP angesichts dieser nur wenigen plakativen Beispiele also nicht. Da ist es hilfreich, dass wir in der GdP stetig mehr werden. Zum Jahresende konnten wir

mit großer Freude feststellen, dass uns über 200.000 Menschen in der Polizei ihr Vertrauen schenken. Das ist ein Pfund in unserem künftigen politischen Diskurs.

Dieser wird sich auch mit der Stärkung der Polizei gegenüber antidemokratischen Umtrieben beschäftigen. Ja, es ist sinnvoll, unsere Polizeien resilienter zu machen. Gerne sind wir bereit, bei Themen wie Supervision, Forschung sowie Aus- und Fortbildung mitzuwirken. Ein paar Ideen mehr werden wir der Politik jedoch noch präsentieren, die Legislaturperiode gibt es uns da einen zeitlichen Vorschuss.

Worüber mit Sicherheit zu reden sein wird, ist der angelaufene Digitalisierungsprozess, der Euch in Eurem täglichen Dienst mehr oder weniger präsent begegnet. Das Projekt „Polizei 2020“ fällt dabei vor allem auf. Dem Bundeskriminalamt als zentralem IT-Dienstleister kommt hier eine bedeutende Rolle zu. Doch auch der Weg einer verstärkten Verzahnung und Identifizierung spezifischer Schwerpunkttätigkeiten sowie Kompetenzen, verbunden mit einer entsprechenden Ressourcenbereitstellung, muss konsequent weitergegangen werden.

Am Ende bleiben auch Fragezeichen: Was ist unter einer Überwachungsgesamtrechnung zu verstehen? Welche Folgen und Wirkungen würde sie ausstrahlen? Oder: Wie weit offen ist die politische Tür für eine praxistaugliche und rechtssichere „Vorratsdatenspeicherung“?

Wir jedenfalls begleiten, weisen hin, schlagen vor und gestalten mit. Konstruktiv, pragmatisch und engagiert. Also eigentlich, wie immer. ■

Oliver Malchow

GdP-Bundesvorsitzender

Gelesen**ANTISEMITISMUS**

Geistig auf gepackten Koffern

Antisemitismus: Die Hemmschwelle der Täter sinkt, die Angst der Betroffenen steigt, konstatiert Autor Ronen Steinke in seinem aktuellen Buch. Welche Verantwortung trägt der Rechtsstaat? Und gibt es in Deutschland wirklich „No-Go-Areas“ für Juden? DP-Autor Dr. Harald Bergsdorf hat hineingelesen.

Dr. Harald Bergsdorf



Foto privat

Immmer wieder beunruhigt und erschüttert Antisemitismus die Bundesrepublik. Antisemitische Einstellungen und judenfeindliches Verhalten zählen zu den zentralen Bedrohungen der rechtsstaatlichen Demokratie. Auf bereits hohem Niveau steigt seit Jahren die Zahl entsprechender Straftaten. Zu den markanten Beispielen der jüngeren Zeit gehört der versuchte Anschlag auf die Synagoge im sachsen-anhaltischen Halle im Oktober 2019 – ausgerechnet an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag. Der Täter wollte die Synagoge stürmen und zahlreiche Menschen offenbar nur töten, weil sie Juden sind. Eine verschlossene Eichentür versperrte ihm den Weg. Daraufhin erschoss er vor der Synagoge zwei Passanten. Kurze Zeit später nahm ihn die Polizei fest.

Rasante Verbreitung von Hass und Hetze

Ein besonders hoher Anteil antisemitisch motivierter Straftaten, zum Beispiel Volksverhetzungen, wird von Rechtsextremisten begangen. Judenfeindlichkeit zählt zu den konstitutiven Elementen rechtsextremistischer Ideologien und Weltdeutungen. Jedoch auch andere Fanatiker, darunter Islamisten und arabische Nationalisten, verbreiten anonym oder sogar unter Klarnamen immer wieder Ressentiments gegen Juden. Dazu teilen und multiplizieren sie unter anderem antisemitische Verschwörungstheorien wie die sogenannte jüdische Weltverschwörung. Das Internet erleichtert ihnen dabei Agitation und Propaganda, um Hass und Hetze rasant zu verbreiten.

Hakenkreuzschmierereien an jüdischen Gräbern, das Verbrennen von Israel-Fahnen, das Darstellen von Landkarten des Nahen Ostens ohne Israel, das Beleidigen, Bespucken und Bedrohen jüdischer Bürger sind dagegen nahezu alltägliches Geschehen. Obendrein hetzen rechtsextreme Populisten als geistige Brandstifter hierzulande inner- und außerhalb von Parlamenten verklau-suliert oder offen gegen Juden, verharmlo-sen die Hitler-Diktatur und feiern auch noch Wahlerfolge. Umso wichtiger ist es, jungen Leuten den berührenden Film „Schindlers Liste“ zu zeigen.



Ronen Steinke: **Terror gegen Juden – Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt**

Piper Verlag 2020,
256 Seiten, 18 Euro,
ISBN: 978-3827014252

Hemmschwellen sinken

Weil Hemmschwellen seit Jahren sinken, wachsen Verunsicherung, Unbehagen und Ängste unter Juden in Deutschland, wie Ronen Steinke in seinem aktuellen Buch „Terror gegen Juden“ darstellt. Manche Juden sitzen dem Autor zufolge notgedrungen – zumindest geistig – wieder auf gepackten Koffern oder haben sie wenigstens gedanklich schon aus dem Keller geholt. Gerade deshalb sei es bedeutsam, über Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen aufzuklären und Juden bestmöglich zu schützen und zu verteidigen. Das zähle zu den wichtigsten Aufgaben aller Demokraten. Dazu will Steinke's Buch beitragen. Denn heute in Deutschland offen als Jüdin oder Jude zu leben, bedeute vielfach „Religionsausübung im Belagerungszustand“, schreibt er.

Für seinen eher lebendig-konkreten als wissenschaftlich-abstrakten Band hat Steinke, jüdischer Jurist und Journalist, sowohl einschlägige Literatur ausgewertet als auch zahlreiche Gespräche mit Experten und Betroffenen geführt. Analytisch wählt er eine weite Perspektive, indem er nicht nur rechts-extremistisch, arabisch-nationalistisch und islamistisch motivierten Judenhass betrachtet, sondern auch jenen weniger verbreiteten Antisemitismus in seine Untersuchung einbezieht, der auf einer toxischen Mischung aus antikapitalistischen, antiimperialistischen und antiamerikanischen Ideologiefragmenten und Feindbildern gründet. Auf einer solchen Basis (unter anderem Israel als angeblichem US-Vorposten) bejubelte schon das Mitglied der Rote-Armee-Fraktion (RAF) Ulrike Meinhof den palästinensischen Mordanschlag auf israelische Sportler 1972 bei den Olympischen Spielen in München,

durch den die Täter auch sie, die deutsche Terroristin, aus dem Gefängnis freipressen wollten, als einen „antiimperialistischen“ und „antifaschistischen“ Akt der „Menschlichkeit“.

Antisemitische Stereotype

Bis heute teilten verschiedene Akteure des Antisemitismus, so Steinke, „das heroische – auch für Menschen, die sich für links halten, attraktive – Gefühl“, nicht nach unten zu treten „wie der schnöde Rassist“, sondern nach oben gegen „eine Gruppe, die geheimnisvolle Mittel und Privilegien“ genieße. In seiner Schrift „Zur Judenfrage“ legte bereits Karl Marx antikapitalistisch gefärbte Grundlagen für antisemitische Stereotype, auf denen heute gerade auch Rechtsextremisten beziehungsweise nationale Sozi-

ANZEIGE

EYES ON TARGET.

ENDLICH
WIEDER
LIVE!

IWA

OUTDOOR CLASSICS 2022

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

3.–6.3.2022 . NÜRNBERG, GERMANY

Endlich wieder VOR ORT und PERSÖNLICH: **Produkte anfassen und testen, Trends entdecken** und im **Austausch mit der Community** neue Geschäftskontakte knüpfen! Das bietet Ihnen die IWA – Ihre führende internationale Businessplattform für Jagd- und Schießsport, Outdoor Equipment sowie zivile und behördliche Sicherheitsausrüstung.

Zutritt nur für Fachbesucher.
Legitimation ist nachzuweisen.

Jetzt Ziele setzen und LIVE erreichen:
www.iwa.info/tickets

NÜRNBERG MESSE

DP-Autor Dr. Harald Bergsdorf

ist Politikwissenschaftler, Historiker und Buchautor aus Bonn. Er arbeitet zu den Schwerpunkten Parteien, Demokratie, Extremismus, Terrorismus und deutsche Geschichte seit 1870/71.



Julia Neuberger:
Antisemitismus. Wo er herkommt, was er ist – und was nicht

aus dem Englischen von
Anne Emmert, BERENBERG
Verlag 2020, 240 Seiten,
16 Euro,
ISBN 978-3-946334-77-4

alisten aufbauen (können). Marx erklärte: „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“

Primär geht es Steinke darum, stärker für die Gefahren zu sensibilisieren, denen Juden in Deutschland heute durch antisemitisch motivierte Straftaten ausgesetzt sind, darunter schwere Gewaltdelikte. Umso mehr will er mit seinem Buch zu einem spürbar unbeschwerteren Leben jüdischer Bürgerinnen und Bürger hierzulande beitragen. Daher fordert er, sowohl Dunkelfelder stärker auszuleuchten und aufzuhellen als auch den praktischen Schutz von Juden zu verbessern – und das nicht nur durch „gated

communities“ (geschlossene und bewachte Wohnanlagen) mit noch höheren Mauern und Sicherheitszäunen.

Ignoranz?

Zunächst präsentiert der Autor Beispiele aus der bundesrepublikanischen Geschichte, die zeigen sollen, wie Strafverfolgungsbehörden antisemitisch motivierte Gewalttaten, darunter Morde, in manchen Fällen erst spät als solche erkannten und benannten, nachdem sie zuvor primär anderen Tatmotiven nachgegangen waren. Hierbei sei es bereits weit vor den schockierenden Taten des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) sowohl zu einer Art „blaming the victims“ (einer Täter-Opfer-Umkehr) als auch zu einer Form von „eyes wide shut“ (einer Art Ignoranz) gekommen, wie Steinke moniert.

Konkret wird Steinke bei der Hinrichtung des jüdischen Paares, Shlomo Lewin und Frieda Poeschke, 1980 in Erlangen durch einen Rechtsextremisten. Zehn Jahre zuvor fielen einem Brandanschlag auf ein jüdisches Altenheim in München sieben Menschen zum Opfer. Unter den Ermordeten befanden sich Holocaust-Überlebende. Als Täter des bis heute unaufgeklärten Verbrechens könnten aufgrund einiger Indizien die antiimperialistisch-linksradikal-gewalttätige „Tupamaros München“ in Frage kommen. Konkret nachweisen ließ sich dieser Gruppe bisher nichts.

Verniedlichung

Darüber hinaus schildert er, wie gefährlich es mittlerweile für Juden in manchen Stadtvierteln zum Beispiel Berlins (er spricht von „no-go-areas“) wieder sein kann, eine Kette mit Davidstern oder eine Kippa zu tragen. Und wie Polizeibeamte, mit umgehängten Maschinengewehren bewaffnet, jüdische Schulen und Synagogen in Deutschland bewachen müssen. Um jüdische Einrichtungen besser als die Haller Synagoge zu schützen, müsse der demokratische Rechtsstaat mancherorts mehr leisten, fordert Steinke. Zugleich lobt er den Freistaat Bayern, der in der Landeshauptstadt München diese massiv sichere.

Ausführlich beleuchtet der Autor in seiner „Anklage“, wie Täter, die Synagogen at-

tackierten, immer wieder versuchten, ihre Taten als besondere Form von Israelkritik zu verniedlichen und zu verharmlosen. Damit folgten sie einem populären Trend der Gegenwart. Denn seit einiger Zeit wüchsen Tendenzen, Antisemitismus unter dem Deckmantel des Antizionismus zu verbreiten. Damit stießen einige Täter immer wieder auf viel Verständnis und Nachsicht, unter anderem vor manchen Gerichten. Der österreichische Schriftsteller und Widerstandskämpfer Jean Améry habe bereits gewarnt, „Antizionismus enthält Antisemitismus wie die Wolke den Regen“. Bis heute müssten sich deutsche Juden für israelische Politik rechtfertigen.

Zwar gebe es selbstverständlich – wie in jeder rechtsstaatlichen Demokratie – auch inner- und außerhalb Israels legitime Kritik an der Politik des Landes. Doch gerade, wer Israel, der einzigen Demokratie im Nahen Osten, nach dem Holocaust das Existenzrecht abspreche, äußere sich nicht antizionistisch, sondern antisemitisch. Das gelte umso mehr für Versuche, Israel als Staat mit natürlich besonderen Sicherheitsbedürfnissen zu dämonisieren („Israhell“) oder gar mit der Hitler-Diktatur („faschistischer Zionismus“) gleichzusetzen – samt deren singulären Massenverbrechen gegen die Menschlichkeit.

Steinkes Fazit: „Die allermeisten Attacken auf Juden werden heute auf die eine oder andere Weise mit der israelischen Politik gerechtfertigt, sofern die Täter überhaupt erwisch werden.“ Noch einmal verstärkt habe sich das, seitdem in größerer Zahl Menschen aus arabischen Ländern eingewandert seien, in deren Heimatländern Jude und Israeli als Synonyme verwendet werden. Für „Feind“. Auch für Antisemitismus unter Muslimen dürfe es keine kulturellen Rabatte geben. Enorm wichtig sei der aktuelle Einsatz vieler Menschen, darunter zahlreiche Christen und Muslime, gegen Antisemitismus und andere Arten von Demokratiefeindlichkeit. Das Engagement gegen Antisemitismus dürfe – getreu dem Motto „Intervention statt Resignation“ – keine Saisonarbeit sein. Vielmehr gelte es, Antisemiten unterschiedlicher Ausrichtung kontinuierlich mit gelassener Entschlossenheit zu bekämpfen – gemäß der Devise: Hinsehen und Handeln statt Wegsehen und Warten; mit Worten und Wahlzetteln, notfalls auch mit Gesetz und Gefängnis. Der demokratische Rechtsstaat könne und dürfe es nicht hinnehmen, wenn

sich Juden im Kampf gegen Antisemitismus alleingelassen fühlten und sie antisemitische Straftaten aus Angst vor Rache der Täter erst gar nicht anzeigten.

Steinkes sowohl aufrüttelnde als auch abgewogene und anschauliche Analyse kann dazu beitragen, mehr Menschen für das Judentum zu sensibilisieren und gegen Antisemitismus unterschiedlicher Ausrichtungen zu aktivieren. Sein bewegendes Buch gehört damit zu den wichtigen Veröffentlichungen der Gegenwart über den Kampf gegen die wachsende Judenfeindlichkeit und für ein freieres Leben von Juden in Deutschland.

Mangelndes Grundverständnis

Einen Beitrag zur Aufklärung über Antisemitismus will auch das Buch von Julia Neuberger leisten. Die britische Autorin mit

deutschen Wurzeln gehört als Mitglied zum „House of Lords“. Zugleich fungiert sie als Rabbinerin. Hitlers Verbrecher ermordeten viele Mitglieder ihrer Familie. In ihrer Publikation diskutiert und analysiert die bekennende Brexitgegnerin, die 2019 auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhielt, schwerpunktmäßig den wachsenden Antisemitismus in seinen verschiedenen Facetten in England und hierzulande.

Besorgt äußert sie sich gerade auch über den wachsenden Antisemitismus in Deutschland, wo Rechtsextremisten populistisch gegen Juden hetzten, die Hitler-Diktatur verharmlosten, demokratische Politiker verunglimpften, rassistische Ressentiments schürten und auch noch Wahlerfolge feierten. Scharf kritisiert die Autorin antisemitische Tendenzen in der britischen Labour-Partei, vor allem unter ihrem inzwischen, nach seiner schweren Niederlage bei

der vergangenen Unterhauswahl, zurückgetretenen Vorsitzenden Jeremy Corbyn. Tatsächlich hatte Corbyn einst sogar selbst erklärt, es sei zulässig, Israel, seine Politik oder die Umstände seiner Gründung rassistisch zu nennen. Nach den Worten seines Sprechers wollte er damit lediglich palästinensische Rechtsauffassungen verteidigen.

Offenbar mangle es dem britischen Politiker bereits an einem Grundverständnis für die Ursachen und Umstände der Entstehung Israels. Ebenso würdigte und verteidigte er vor einigen Jahren, wie Neuberger erinnert, ein Gemälde mit antisemitischen Stereotypen größter Art als beinahe wertvollen Beitrag zur Meinungsfreiheit – das Bild präsentiert „hakennasige Geldjuden“ als „kapitalistische Ausbeuter“ des Prekariats. Neubergers Buch zählt ebenfalls zu den zentralen Publikationen der Gegenwart über Antisemitismus. ■

ANZEIGE



Terrado®

Terrado Networks GmbH

Am Schomacker 8
46485 Wesel
info@terrado-networks.de

Fortschritt in Höchstgeschwindigkeit

In Zeiten des High-Speed-Internets und großen zu übertragenden Datenmengen reichen herkömmliche Kupferkabel oft nicht mehr aus. Um hier innovativ Abhilfe zu schaffen, sind mittlerweile Glasfaserkabel flächendeckend im Einsatz. Wir realisieren diese Leitungssysteme sicher und zuverlässig.

Im Gespräch

DP-Interviewpartner Burak Yilmaz arbeitet als Pädagoge in Schulen und Gefängnissen. Für sein Engagement gegen Antisemitismus erhielt er von Bundespräsident Franz-Walter Steinmeier das Bundesverdienstkreuz.



Der Duisburger Pädagoge Burak Yilmaz engagiert sich gegen Antisemitismus – und organisiert Fahrten mit Jugendlichen aus Migrationsfamilien nach Auschwitz. Er weiß: Der Kampf gegen Judenhass und Rassismus beginnt im eigenen Kopf.

Thomas Gesterkamp

DP: Herr Yilmaz, Ihr Buch „Ehrensache“ beschäftigt sich mit dem Antisemitismus. Ist dieser unter jungen Muslimen besonders stark verbreitet?

Burak Yilmaz: Antisemitismus gibt es natürlich auch unter Muslimen. Vor allem die sozialen Medien spielten in den vergangenen Jahren dabei eine große Rolle. Wie weit er verbreitet ist, dazu gibt es keine genauen Daten, doch in der beruflichen Praxis begegnet er mir häufig. Auf der anderen Seite wächst innerhalb der muslimischen Community auch das Engagement gegen Antisemitismus. Viele haben begriffen, dass der Kampf gegen Rassismus den Kampf gegen Antisemitismus einschließen muss.

DP: Handelt es sich um ein Klischee, um eine zu simple Zuschreibung?

Yilmaz: Die antisemitischen Demonstrationen etwa im Ruhrgebiet zeigten, dass das

eine Realität ist, die jüdische Menschen bedroht. Auch künftig rechne ich mit solchen gewaltbereiten Protesten. Judenhass ist jedoch kein rein muslimisches Problem. Mit einem Generalverdacht kommen wir nicht weiter. Wir müssen auch darüber diskutieren, welche Rolle die Politik beim Ausbau islamistischer und nationalistischer Netzwerke gespielt hat. Es ist skandalös, dass man wie in Duisburg bei der Extremismusprävention mit türkischen Nationalisten kooperiert. Damit muss endlich Schluss sein.

DP: Entlastet sich die Mehrheitsgesellschaft von ihren eigenen Ressentiments? Manche sprechen ja gar von „importiertem Antisemitismus“...

Yilmaz: Diese Entlastung erlebe ich sehr oft. Wie man ausgerechnet in Deutschland sich vom Judenhass entlasten möchte, bleibt mir ein Rätsel. Dabei zeigen Studien, dass 15 bis

20 Prozent unserer Gesellschaft zu antisemitischen Einstellungen neigen. Es kann nicht sein, dass sich Menschen aufgrund ihrer Herkunft so bedroht fühlen, dass sie diese verheimlichen. Wir tragen alle eine Verantwortung, wenn es darum geht, mehr Sichtbarkeit und Teilhabe für Jüdinnen und Juden zu schaffen, jenseits klischeehafter Vorstellungen.

DP: Sie selbst haben türkische Wurzeln. Ihr Buch ist autobiografisch geprägt, es enthält viele persönliche Erfahrungen. Was interessiert Sie so sehr am Thema?

Yilmaz: Geschichte und Politik haben mich schon immer interessiert. Wenn man wie ich in Duisburg-Obermarxloh in einer türkisch-kurdischen Familie aufwächst und mitbekommt, wie viel leichter es deutsche Freunde haben, dann betrachtet man diese Gesellschaft mit anderen Augen. „Warum behandeln die uns so ungerecht?“, war vielleicht die häufigste Frage in meiner Kindheit. Als ich in der sechsten Klasse auch noch vom Holocaust erfahren habe, wurde mir richtig schlecht. Mich verängstigt, dass so etwas in Deutschland passieren konnte. Ich will nicht nur die Geschichte verstehen, sondern auch erkennen, welche Schatten der Vergangenheit bis heute reichen.

DP: Sie sprechen von der eigenen Familiengeschichte als „Ressource“. Was heißt das?

Yilmaz: Fast jede deutsche Familie war in den Nationalsozialismus verstrickt. Ich erlebe es oft bei deutschen Jugendlichen, dass sie sich dafür schämen, aber auch relativ gleichgültig sagen: „Das hat doch nichts mit mir zu tun!“ Mit Ressource meine ich, dass Menschen nach dieser familienbiografischen Selbstreflexion ein anderes Selbstbewusstsein haben. Sie finden Worte für das Schweigen in der Familie, für ihre Scham, und begreifen ihre Verantwortung. Darin liegt ein großes Potenzial, denn durch diese Aufarbeitung wird unsere Demokratie gestärkt.

DP: Sie berichten von Ihrer Arbeit in einem Jugendzentrum, zitieren Besucher mit dem Satz: „Wir sind Antisemiten, daran kannst du nichts ändern!“ Was haben Sie geantwortet?

Yilmaz: Ich habe sie gepackt und rausgeschmissen, weil sie den Hitlergruß gezeigt

27. Januar

Internationaler Tag
des Gedenkens an die
Opfer des Holocausts

Während der NS-Zeit ermordeten die Nazis in Auschwitz über anderthalb Millionen Männer, Frauen und Kinder. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee die Gefangenen des Konzentrationslagers. Der Jahrestag der Befreiung wurde 1996 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog offizieller deutscher Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

”

Auch Minderheiten,
die Rassismus erleben,
können rassistisch oder
antisemitisch sein.

haben. Danach gab es drei Monate Hausverbot. Aber ich wollte ran an diese antisemitischen Denkmuster und ihr Verhalten. Ich habe sie gefragt, woher ihre Vorurteile und ihre Verachtung kommen, und habe betont, dass sie damit im Jugendzentrum keine Chance haben. So entwickelten sich biografische Gespräche über Erziehung und Kindheit. Es stellte sich heraus, dass sie aus islamistischen Familien kamen, in denen Judenhass Teil ihrer Erziehung und Ideologisierung war.

DP: Sie reisen mit jungen Muslimen nach Polen, zum ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz – und haben für dieses Engagement sogar das Bundesverdienstkreuz erhalten. Welche Eindrücke nehmen die Gruppen mit? Was lernen Sie dort?

Yilmaz: Die Eindrücke der Jugendlichen sind sehr unterschiedlich. Viele sind sprachlos über das Ausmaß der Gewalt, den Vernichtungswillen der Nazis und das Leben im Lager. Anhand persönlicher Geschichten wird dieser Ort greifbarer. Einmal trafen wir dort eine israelische Jugendgruppe, und einer unserer Teilnehmer sagte später: „Ich hatte Empathie mit meinen Feinden.“ In seinem Freundeskreis dagegen wurde er wegen der Fahrt nach Auschwitz angegriffen.

DP: Was haben die Kinder oder Enkel von Zugewanderten mit der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu tun?

Yilmaz: Unsere Großeltern haben mitgeholfen, Deutschland wiederaufzubauen. Nicht wenige von ihnen waren sogar in jenen Industriebetrieben beschäftigt, die während des zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter aus dem Osten einsetzten. Ich frage mich heute, ob meine Großeltern nach Deutschland gekommen wären, wenn sie all das vorher gewusst hätten. Aber sie hatten nur sehr gerin-

ge Kenntnisse über den Nationalsozialismus.

DP: Die Nazis pflegten enge Kontakte zur arabischen Welt, etwa zum Mufti von Jerusalem. Und den türkischen Umgang mit den Armeniern hat der Bundestag als Völkermord eingestuft ...

Yilmaz: Rassismus und Antisemitismus sind ein globales Phänomen. Es existiert auf allen Ebenen unserer Gesellschaft. Auch Minderheiten, die Rassismus erleben, können rassistisch oder antisemitisch sein. Sie haben aber nicht dieselben Ressourcen und Möglichkeiten wie die Mehrheitsgesellschaft, um einen Wandel einzuleiten. Es ist mir trotzdem wichtig zu betonen, dass das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Wenn wir die Verantwortung immer auf die anderen schieben, wird sich unsere Gesellschaft spalten. Der Kampf gegen Judenhass und Rassismus beginnt im eigenen Kopf. Egal, ob ich Stefan oder Fatma heiße.

DP: Fördert der Konflikt zwischen Israel und Palästina den Antisemitismus in der muslimischen Community?

Yilmaz: Nein, er offenbart ihn eher. Viele sagen „Israel ist schuld am Judenhass“, aber Judenhass ist der Grund dafür, dass es Israel gibt. Der israelbezogene Antisemitismus war gerade bei den Demonstrationen im Juni erschreckend radikal. Tagelang wurde vorher in digitalen Netzwerken wie TikTok und Instagram Stimmung gemacht. Unter dem Vorwand der Solidarität mit den Palästinensern wurde das Ganze instrumentalisiert, um seinen eigenen Hass auf Juden und Israel loszuwerden. Wenn islamistische Schlachtrufe mit einem antisemitischen Vernichtungswunsch gebrüllt werden, dann hat das nichts mehr mit Kritik oder Solidarität zu tun. Mit Jugendlichen differenziert über den Nahostkonflikt zu sprechen und ihnen Widersprüche aufzuzeigen, ist ein Weg, um diesen Hass zu bekämpfen.

DP: Wenn Sie in die Zukunft schauen: Glauben Sie, dass sich die antisemitischen Vorurteile in den folgenden Generationen mit Migrationshintergrund abschwächen werden?

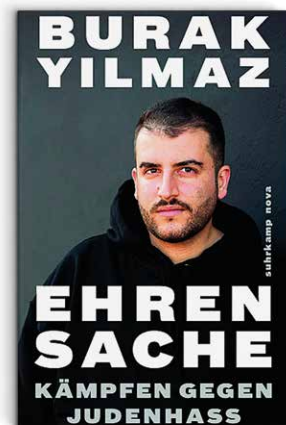
Yilmaz: Ja! Ich erhalte dauernd Mails von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich professionalisieren wollen und das Thema Judenhass auf ihre Tagesordnung packen. Auch der Austausch mit der jüdi-

schen Community wächst, und vor allem an den Schulen spüre ich, dass sich junge Menschen einmischen wollen und Zivilcourage zeigen. Vor zehn Jahren war mein Projekt „Junge Muslime in Auschwitz“ noch bundesweit einmalig, inzwischen gibt es immer mehr solcher Initiativen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass im Kampf gegen Judenhass die gesamte nichtjüdische Mehrheit in unserem Land in der Verantwortung steht.

DP: Am Ende des Buches plädieren Sie dafür, offen zu sein für die „Menschen der anderen Seite“. Was meinen Sie damit?

Yilmaz: Ich erinnere mich an einen Vortrag in Israel über meine Arbeit. Neben den deutschen Gästen saßen dort jüdische und arabische Israelis. Ich fühlte mich sehr angespannt, es war ein Drahtseilakt. Ich habe dafür plädiert, dass es mehr Perspektivwechsel braucht. Wir müssen uns öffnen für die Geschichten anderer, ihre Lebenswelten verstehen. Wir brauchen immer wieder gemeinsame Gespräche und Strategien, wie wir an einer besseren und gerechteren Zukunft arbeiten können. Ich will nicht, dass die Trennlinie in unserer Gesellschaft zwischen der Mehrheit und den Minderheiten verläuft, sondern zwischen denen, die für Demokratie eintreten und denen, die sie bekämpfen.

DP: Danke für das Gespräch.



Burak Yilmaz:
Ehrensache. Kämpfen
gegen Judenhass.

Suhrkamp Verlag, Berlin,
2021, 234 Seiten, 16,95 Euro,
ISBN 978-3-518-47171-5

Vor Ort



Gegen Hass: Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) unterzeichnet die „Stuttgarter Erklärung“.

STUTTGARTER ERKLÄRUNG

Innenminister gegen Antisemitismus

Anfang Dezember hat sich die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) in ihrer „Stuttgarter Erklärung“ gegen den hierzulande grassierenden Antisemitismus gewendet. „Wir stellen uns wie ein Bollwerk gegen Antisemitismus“, betonte Baden-Württembergs Innenressortchef sowie IMK-Vorsitzender Thomas Strobl.

Hass und Hetze seien ein massives gesellschaftliches Problem, und hier müsse der Rechtsstaat insbesondere im Netz entschlossener vorgehen. In der Innenministerkonferenz gebe es, gerade vor dem Hintergrund jüngster Entwicklungen, eine parteiübergreifend klare Haltung gegen Hass und Hetze: „Für Antisemitismus gibt es in

Deutschland keinen Platz!“ Deshalb hatte die IMK als einzigen Außentermin ihres hybriden Treffens die Stuttgarter Synagoge besucht und die Erklärung dort unterzeichnet.

Mit der „Stuttgarter Erklärung“ spricht sich die Innenministerkonferenz entschlossen dafür aus, Hass und Hetze gemeinsam die Stirn zu bieten – online und offline.

Die Innenministerkonferenz sieht darin insbesondere folgende Maßnahmen als zielführend an:

► **gesetzliche Regelungen, die eine eindeutige Identifizierbarkeit von Straftäterinnen und Straftätern im Internet ermöglichen,**

► **ein regelmäßiger vertrauensvoller Austausch zwischen den jüdischen Gemeinden und den örtlich zuständigen Polizeidienststellen, ein möglichst hoher Sicherheitsstandard bei Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen, polizeiliche Ermittlungen in der Regel durch die Staatsschutzdienststellen der Kriminalpolizei, die weiterhin feste Verankerung der Antisemitismusbekämpfung in der polizeilichen Aus- und Fortbildung und eine hohe Sensibilität auch für die Belange aller anderen von Hass und Hetze betroffenen Bevölkerungsgruppen wie etwa der LSBTI-Gemeinschaft,**

► **die Prüfung, wie Hass und Hetze auf Messengerdiensten konsequent unterbunden und geahndet werden können,**

► **effiziente Möglichkeiten der Anzeigenerstattung und zentrale Meldestellen für Hasskriminalität im Internet sowie**

► **die Weiterentwicklung bestehender Präventionsprogramme zum couragierten Verhalten im Internet.**



Gewerkschaft
der Polizei



Das junge Girokonto¹

Extrem flexibel.
Auch auf lange Sicht.

- ✓ **0,- Euro fürs Girokonto¹**
Kostenfrei enthalten:
Kontoführung und girocard
(Ausgabe einer Debitkarte)¹
- ✓ **Weltweit gebührenfrei²**
Geld abheben
mit der kostenfreien Visa DirectCard²
(Ausgabe einer Debitkarte)



50,-^{Euro}
Startbonus
für GdP-Mitglieder



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/gdp



Oder Termin vereinbaren:
www.bbbank.de/termin



¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vervollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. ²36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vervollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a. danach 18,- Euro p. a. Voraussetzung: BBBank-Junges Konto.

Innenleben



BUNDESSENIORENVORSTAND

Planänderung

In Vorbereitung auf die Bundessenorenkonferenz zum Jahresbeginn tagte der Bundessenorenvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende November Pandemie bedingt digital. Geplant war zunächst ein Treffen am Rande des Deutschen Seniorentages, das leider aus besagten Gründen abgesagt werden musste.

Corona überschattet auch die Organisation der Bundessenorenkonferenz. Die Delegierten werden in Potsdam nicht zusammenkommen können. Die Veranstaltung ist nun für den 1. Februar in hybrider Form geplant. Die Verhandlungsleitung, der Geschäftsführende Bundessenorenvorstand (GBSV) sowie die GBSV-Kandidierenden werden vor Ort sein, die Delegierten jedoch hinzugeschaltet. Eine große Herausforderung für alle Beteiligten.

Natürlich werden die persönlichen Kontakte, die guten Begegnungen und kleinen Gespräche am Rande fehlen, aber die Gesundheit aller unserer Kolleginnen und Kollegen ist sehr wichtig. Gemeinsam gilt es, den – hoffentlich letzten – Corona-Winter und die Bundessenorenkonferenz in neuer Form zu schaffen. ■ **Gu**

Gu



Foto: Michael Möller/stock.adobe.com

DGB

ZUKUNFT GESTALTEN WIR.

DGB-Bundeskongress

„Zukunft gestalten wir“ ist das Motto des 22. Parlaments der Arbeit. Vom 8.-12. Mai 2022 stellen 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB im Hotel Estrel in Berlin die Weichen für die inhaltlichen Schwerpunkte der nächsten vier Jahre und wählen die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes sowie die Revisionskommission. Der Vorschlag des DGB-Bundesvorstandes für die Tagesordnung wird ab dem 10. Februar 2022 auf der Website veröffentlicht. www.bundeskongress.dgb.de

Im Gespräch



Foto: Fotostand/Weier/dpa

Menschenverachtende Schmähungen aus der Rostocker Hansa-Fankurve. Aus Gründen der Pietät haben wir den Text auf dem Banner verpixelt.

Corona ereilte selbstverständlich auch den Fußball. DP sprach mit dem Sicherheitsexperten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Hendrik Große Lefert, über die Lage am Ball, Feindbilder und Respekt.

Michael Zielasko

DP: Die Stadien werden hoffentlich bald wieder voller, die Pandemie ist jedoch keineswegs ins Abseits gestellt. Mit welchen Konzepten wappnet sich der Fußball gegenüber steigenden Inzidenzen und zu geringer Impfbereitschaft?

Hendrik Große Lefert: Der Fußball konnte mit Hilfe seiner professionellen Strukturen sehr frühzeitig überzeugende Hygiene-Konzepte zum Restart vorlegen, die dann mit Hilfe der Politik sehr stabil und erfolgreich umgesetzt wurden. Zudem hat der DFB intensiv und mit großer Reichweite insbesondere bei seinen Länderspielen die Impfkampagnen vorangetrieben, die sicher zu mehr Impfungen beigetragen haben.

DP: Während der sogenannten Geisterspiele sind Themen wie Gewalt beim Fußball oder Gefahren durch Pyrotechnik in den Hintergrund gerückt. Die Fans sind jetzt wieder da, die Probleme auch?

Große Lefert: Dass mit Fans die Probleme wieder da sind, lasse ich so nicht stehen. Gerade nach den wiederholten und langen Einschränkungen durch die Pandemie sehnen sich die Menschen gemeinsam nach Freiheit, Leidenschaft und Emotion. Das bietet der Fußball. Dass einige über das Ziel hinausschießen, lässt sich ebenso wenig verhindern, wie sich an anderer Stelle die Kriminalität auf null reduzieren lässt. Beim Thema Pyrotechnik glaube ich, dass wir zu wenig die Gefahren und die Haftungsrisiken im Blick haben. Die Verbände haben sich daher gegen Pyrotechnik seitens der Veranstalter ausgesprochen. Aber Behörden genehmigen das.

DP: Herausforderungen an die Stadion-sicherheit sind durch Vorfälle wie dem Gleitschirmflug von München und nicht unwahrscheinliche Bedrohungen durch Drohnenflüge in die öffentliche Debatte geraten. Wie und mit welchen Ideen bringt sich der deutsche Fußball bei der Problemlösung ein?

Große Lefert: Erste wichtige Schritte setzte der Gesetzgeber mit Einschränkungen beim Drohneneinsatz um. Bei Tagungen mit den Sicherheitsmanagern der Clubs werden diese Themen regelmäßig erörtert. Letztlich müssen wir, insbesondere Veranstalter, Polizeien und Sicherheitswirtschaft, hier gemeinsam an einem Strang ziehen. Es bleibt für uns eine gesellschaftliche Herausforderung.

**DP-Gesprächspartner
Hendrik Große Lefert**

leitet beim Deutschen Fußball-Bund die derzeit 20-köpfige Kommission „Prävention & Sicherheit & Fußballkultur“.

DP: Wie gehen Sie diese an?

Große Lefert: Für die Bewältigung derartiger Lagen führte die DFB-Sicherheit nach den Ereignissen 2015 in Paris und Hannover Übungen mit Koordinierungsgruppen ein, vergleichbar mit Stabsrahmenübungen im Bevölkerungsschutz oder bei der Polizei. Da gibt es meines Erachtens noch sehr viel Potenzial zum Thema Übungen in Deutschland. Das werden wir angehen – auch und gerade mit Blick auf die EURO 2024.

DP: Nicht wenige Fan-Gruppierungen polemisieren in ihren Kurven teils auf eine nicht zu tolerierende Weise gegen die Polizei. Neben sich hartnäckig haltenden Schmähungen wie eine bestimmte Buchstabenkombination wird auch nicht davor zurückgeschreckt, tote Kollegen zu verunglimpfen. Was hat das mit Fußball zu tun?

Große Lefert: Nichts. Und das sehen wir als Verbände und Vereine gleichermaßen so. Am Ende helfen uns aber auch keine reinen Sanktionen. Wir müssen es schaffen, Feindbilder abzubauen. Die Zukunftswerkstätten der Daniel-Nivel-Stiftung liefern da gute Ansätze. Die Polizei leistet gute Arbeit, die in einer Demokratie selbstverständlich auch immer hinterfragt werden darf und muss. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass wir in Deutschland eine zutiefst demo-

krisische Polizei haben, die ihrem gesetzlichen Auftrag mit viel Engagement und Leidenschaft nachgeht. Fehlverhalten, egal ob von Fans oder der Polizei, müssen wir konsequent aufklären und künftig verhindern.

DP: Wir wissen, dass der DFB sich bemüht, mit den Fans im Gespräch zu bleiben. Wie kann der Verband auf radikale Gruppierungen einwirken, die Rolle der Polizei bei der Gewährleistung der Sicherheit im Fußballgeschehen zu respektieren?

Große Lefert: Respekt ist eine Grundtugend des organisierten Sports. Dass dieses Wort nicht reine Makulatur und Lippenbekenntnis bleibt, daran müssen wir alle arbeiten. Dafür braucht es stabile Netzwerke und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf allen Seiten. Leider werden wir auch damit nicht alle radikalen Personen erreichen. Aber wir bleiben am Ball.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



STAAT – VERFASSUNG – POLITIK

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Günter Burmeister**. Begründet von **Helmut Dohr**.



22. Auflage 2022

Umfang: 560 Seiten

Format: 14,8 x 20,8 cm, Broschur

Preis: 35,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0896-0

Dieses Buch vermittelt die für den Polizeiberuf unerlässlichen Kenntnisse des deutschen Staats- und Verfassungswesens. Es gehört seit über vier Jahrzehnten zu den Standardwerken der Polizeiausbildung.

Für die 22. Auflage wurde das Werk unter neuer Autorenschaft völlig überarbeitet und aktualisiert. Die bewährte Struktur des Buches wurde im Wesentlichen beibehalten und gliedert sich in folgende Kapitel:

- Aus der allgemeinen Staatslehre
- Deutschland – gestern und heute
- Verfassungsrechtliche Grundprinzipien
- Grundrechte und grundrechtsähnliche Rechte
- Die freiheitlich demokratische Grundordnung
- Symbole des deutschen Staates
- Die Wahlen
- Die obersten Bundesorgane
- Die politischen Parteien
- Wesen und Wirken von Interessenverbänden
- Die Bundesgesetzgebung
- Die Notstandsverfassung
- Staatengemeinschaften

Aufbau und Inhalt des Werks ermöglichen es dem Nutzer, sich eine umfassende politische Bildung zu erarbeiten, wie sie im Polizeiberuf zwingend erforderlich ist. Wissensfragen am Ende der jeweiligen Abschnitte helfen zudem, die Themenkenntnisse zu überprüfen und zu vertiefen.



DIE AUTOREN

Dr. Günter Burmeister ist Richter am Bundesverwaltungsgericht sowie stellv. Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs. Er lehrt als Honorarprofessor Öffentliches Recht an der Technischen Universität Braunschweig.

Begründet von

Helmut Dohr († 2014) war Staatssekretär a.D. und bis 1990 in leitender Position im Polizeidienst tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Innenleben



Jennifer Otto (l.), Svenja Moritzen und Christian Ehringfeld mit einem „Hybrid“-Selfie.

DGB-BUNDESJUGENDKONFERENZ

„Gekommen, um zu bleiben!“

Unter dem Motto „Gekommen, um zu bleiben!“ waren Delegierte der JUNGE GRUPPE (GdP) Mitte November zur „hybriden“ 21. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gereist. Zu beraten gab es allerhand: Klima, Frontex, Cannabis.

Martin Meisen, Christian Ehringfeld, Patrice Thurow

Die Delegierten entschieden über 248 Anträge. 20 davon stammten aus der Feder der JUNGE GRUPPE (GdP) (kurz: JG), darunter 5 in Kooperation mit der ver.di-Jugend. Dies war auch eine JG-Willensbezeugung des Mitgestaltenwollens und des Bekennens zur DGB-Jugend. Die vergangene DGB-Bundesjugendkonferenz hatte die JG-Delegation vorzeitig verlassen.

Ökologische Transformation

Die ökologische Transformation entpuppte sich als eines der dominierenden Themen. Vor allem die Industriegewerkschaften sehen sich herausgefordert. Beim 1,5-Grad-Ziel war daher trotz grundsätzlicher Verständigung auf diese Temperaturgrenze kein Konsens zu erzielen. Wir sprachen uns engagiert dafür aus, die vor allem in den großen Städ-

„Es war harte Arbeit, in allen kritischen Punkten zufriedenstellende Kompromisse zu erzielen. Wir wurden jedoch gehört“, so Christian Ehringfeld, stellvertretender GdP-Bundesjugendvorsitzender und seit April 2018 für die JG im DGB-Bundesjugendausschuss.

ten dominierende Rolle des Autos durch das Etablieren eines kostenlosen ÖPNV anzugehen. Steigen mehr Menschen auf Bus und Bahn um, wird der Autoverkehr reduziert – nachhaltig.

Elementare Mitbestimmung

„Wir müssen die Mitbestimmung zukunftsicher machen“, betonte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in seinem Grußwort. Die Arbeit der Jugendauszubildendenvertretungen (JAV) werde daher als elementarer Bestandteil der Interessenvertretungen gesehen, der junge Menschen Demokratie unmittelbar erleben lasse. Unser gemeinsam mit der ver.di-Jugend formulierter Antrag zur Stärkung der JAV fiel jedoch gegen die Stimmen der Industriegewerkschaften durch. Darin wurde bekräftigt, dass die JAV aus dem Schatten der Personalräte treten müsse und eine gewisse Eigenständigkeit benötige. Andere Meinungen überwoogen jedoch.

Festung Europa

Beim Thema Migration wurde insbesondere die europäische Grenzschutzagentur „Frontex“ in den Fokus genommen. Angesichts der seit Längerem erhobenen Forderung der GdP Bundespolizei verdeutlichten wir, dass die Kolleginnen und Kollegen dort endlich ein Mitbestimmungsorgan in Form eines EU-Personalrats erhalten sollten. Dem folgte die Konferenz, die sich für eines solches Gremium bei Frontex einsetzen will. Auf der anderen Seite steht die DGB-Jugend aufgrund oft negativer Berichterstattung der Agentur kritisch gegenüber. Sie will sich künftig dafür einsetzen, dass bei Frontex andere Schwerpunkte gesetzt werden. Umso wichtiger ist es, dass uns die Mitbestimmung dort ermöglichen wird, auf die dortigen Arbeitsbedingungen und solche Berichte reagieren zu können.

Legalize it!

Schon im Vorfeld der Konferenz war abzu-sehen, dass sich die DGB-Jugend für die Legalisierung von Cannabis (unter staatlicher Kontrolle) positionieren würde. Wir denken zwar, dass diese gesellschaftliche Entwick-

lung toleriert werden müsste, jedoch unterstrich die rheinland-pfälzische JG-Delegierte Jennifer Otto, es gebe „keine guten Drogen“ und, dass die JG dem nicht zustimmen könne. Insbesondere im Straßenverkehr seien es ihre Kolleginnen und Kollegen, die bei unter Einfluss von Drogen geschehenen Verkehrsunfällen oft als erste am Unfallort eintrüfen oder bei Kontrollen die Verkehrstüchtigkeit gerichtsfest feststellen müssten. Werde Cannabis legalisiert, solle sich die DGB-Jugend für eine intensive Präventionsarbeit aussprechen.

Traditionelle „Polizeithemen“

Nicht erst seit dieser Konferenz werden Stimmen in der Gesellschaft laut, die mehr Transparenz und die Kontrolle staatlichen Handelns fordern. So wurden, wenig überraschend, zwei Antragsbegehren zur Forderung und Einführung von Polizeibeswerdestellen eingereicht. Schon im Begriff der „Beschwerdestelle“ schwingt Negatives mit. Doch muss eine solche Institution auch für unsere Kolleginnen und Kollegen ansprechbar sein. Dies konnten wir erfolgreich einbringen. Der nächste Schritt ist jetzt, dass die DGB-Jugend bis 2024 ein Konzept vor-

legt, wie die genannte Stelle funktionieren und mit welchen Kompetenzen sie ausgestattet werden soll. Da sich damit der DGB-Bundesjugendausschuss beschäftigen wird, können wir uns aktiv beteiligen und werden wichtige Aspekte aus polizeilicher und aus Sicht unserer Kolleginnen und Kollegen einbringen. Eine strikte Ablehnung bringt uns an dieser Stelle wohl nicht weiter, mitgestalten jedoch sicherlich.

Positiv ist, dass die DGB-Jugend unseren gemeinsamen Antrag mit der ver.di Jugend unter dem Titel „Solidarische Gesellschaft“ unterstützt. So wird die DGB-Jugend künftig ein Forum schaffen, dass niederschwellige Angebote entwickeln soll, um Diskriminierungen in Betrieben und Dienststellen wirksam zu begegnen. Weiter will sich die DGB-Jugend dafür einsetzen, dass Corona-Infektionen als Dienstunfälle anzuerkennen, einheitliche Tarifverträge im öffentlichen Dienst zu schaffen sind und die einheitliche Bundesbesoldung wieder etabliert wird.

Unter dem Strich hat die JUNGE GRUPPE (GdP) die Konferenz mit einem sehr guten Standing und dichterem Netzwerk zu den Schwestergewerkschaften verlassen. Wir wurden als Teil der DGB-Jugend auf Augenhöhe wahrgenommen. Dabei soll es aus unserer Sicht bleiben. ■



Die JG-Delegation in der Berliner Geschäftsstelle mit dem thematisch zuständigen GdP-Bundesvize Dietmar Schilff (l.).

Alles für Dich drin!

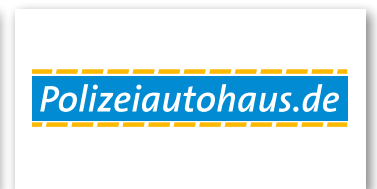
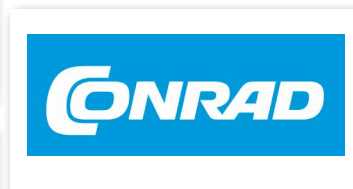


Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.

Jetzt einloggen und Vorteile checken!

www.gdp.de/GdP-Plus



Hast Du Fragen oder Anregungen?
Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an.
Reinhard Kaufmann hilft Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de
Telefon 0211 7104 250

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!



Innenleben



DIGITALE PERSONALRÄTEKONFERENZ

Gemeinsamer mitbestimmen

„Personalrat und Jugendauszubildendenvertretung (JAV) – gemeinsam für mehr Mitbestimmung“: Unter diesem Motto trafen sich Mitte November Kolleginnen und Kollegen zum digitalen Austausch. Ihr Ziel: eine bessere Vernetzung der für die Mitbestimmung wichtigen Gremien in der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Gudrun Hoffmann

Das für die Mitbestimmung im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand verantwortliche Mitglied Jörg Radek hob den unschätzbaren Wert des Miteinanders und Austausches der Gremienmitglieder hervor. In einem Grußwort bat der Vizepräsident der Hochschule der Polizei Brandenburg, Dr. Jochen Christe-Zeyse, die Teilnehmenden zu einem Gedankenexperiment. Dabei sollten sie sich vorstellen, wie die Welt 2030 aussehen würde. Es liege vor allem an den Kolleginnen und Kollegen, die sich jetzt in den JAVs engagierten, welche Entwicklung die Polizei bis dahin nehmen werde. Wirkung habe ihre Arbeit auch auf die Stimmung in der Gesellschaft hierzulande. Zum Beispiel: Wie frei ist das Recht auf Versammlungen, wie bewegen sich Menschen im öffentlichen Raum, und wie stehen sie dem Staat gegenüber? Tritt die Polizei bürgerfreundlich und wertschätzend oder

eher autoritär als nicht kritisier- und angreifbare Instanz auf? Davon hänge viel ab.

In Foren wurde weiter diskutiert. Tarifbeschäftigte gingen mit Bundesvize und Tarifexperte René Klemmer der Frage nach, wie berufliche Perspektiven für Tarifbeschäftigte nach der Ausbildung aussehen könnten. Befristungen oder, dass grundsätzlich die Entgeltgruppe (EG) 5 angeboten werde, identifizierten die Sprechenden als Problem. Sie forderten eine bessere Fortbildung und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Möglichkeiten, schneller in höhere Entgeltstufen zu kommen sowie diverse Möglichkeiten, sich „im Haus“ zu bewerben.

Im zweiten Forum wurden die Anforderungen und Mindeststandards an Bewerbende erörtert. Darunter die Frage, ob diese noch zeitgemäß seien. Geführt wurde der Diskurs von Wilfried Hofmann, Sachgebietsleiter Nachwuchswerbung und Ein-

stellung im Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei in Bamberg. Er ist zudem aktives Mitglied im GdP-Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei. Unter dem Strich hielten die Teilnehmenden ein bundesweit einheitliches Testverfahren für sinnvoll. So erhalte die Polizei Standards aus einem Guss. Mit Nachdruck verwiesen sie darauf, dass neben der polizeifachlichen Ausbildung auch eine Wertevermittlung sowie die Schulung der Selbstorganisation notwendig sei.

Einmütig wendeten sich die Kolleginnen und Kollegen gegen das Verfahren, Zulassungsstandards von der Zahl bereitgestellter Stellen abhängig zu machen. Auch bei höheren Einstellungszahlen dürfe nicht an der Qualitätsschraube gedreht werden, um die Anforderungen an die Bewerbenden anzupassen.

Teilnehmende der dritten Gruppe konnten unter Leitung des stellvertretenden Bundesjugendvorsitzenden Christian Ehringfeld direkt in den Erfahrungsaustausch gehen und die Zusammenarbeit beider Gremien beleuchten. Eine stärkere Einbindung, der direkte Kontakt, regelmäßige Treffen und klare Verantwortlichkeiten etwa im Sinne eines Mentorings wurden hier als positive Aspekte einer solchen Zusammenarbeit benannt. Zudem sollten Personalräte die JAV-Kolleginnen und Kollegen einarbeiten.

Ehringfeld zeigte sich mit der Veranstaltung, dem Austausch und der Vernetzung, die im kleinen Rahmen auch virtuell funktioniert hatte, zufrieden. Das Treffen soll laut Radek nach der Pandemie unbedingt in Präsenz nachgeholt werden – mit allen Vertretungsgremien. Ob Personalrat, Schwerbehindertenvertretung Gleichstellungsbeauftragte oder Jugend- und Auszubildendenvertretung – mehr Mitbestimmung geht nur gemeinsam. ■

Innenleben

DP-Gesprächspartnerin Anita Kirsten

sagt: „Seit 2001 hat mich die Brandenburger Polizei in ihrem Bann gezogen“. Nach dem Studium leistete sie ihren Dienst bis 2007 bei der Bereitschaftspolizei. Von dort wechselte sie bis 2010 in den Pressestab des Polizeipräsidiums Potsdam. Mit der Strukturreform und neuer Ausbildung startete sie an der Hochschule der Polizei als Verhaltens- und Kommunikationstrainerin. Seit 2014 ist sie freigestelltes Personalratsmitglied und Verhandlerin im Nebenamt der VG (Verhandlungsgruppe) des Landes Brandenburg. „Kommunikation war schon immer ein wichtiger Bestandteil meines Lebens.“



MITBESTIMMUNG AKTIV LEBEN

Einfach machen

Mitbestimmung ist das Salz in der Suppe, wenn es um Verbesserungen für Beschäftigte geht. Diese ist jedoch kein Selbstläufer, sondern muss aktiv gelebt und gearbeitet werden. Dafür stehen Anita Kirsten als Personalrätin und Annika Stadfeld in der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Warum Sie das tun, was sie stört, und was die Zukunft bereithält, erzählen die beiden im DP-Gespräch.

Michael Zielasko

DP: Was hat Euch dazu bewogen, Personalrätin oder Jugend- und Auszubildendenvertreterin zu werden?

Anita Kirsten: Die Frage wäre in diesem Fall eher, wer hat Dich dazu bewogen. Als ich zur Hochschule der Polizei Brandenburg gewechselt bin, wurde ich direkt von der dortigen Kreisgruppe angesprochen, mich als ordentliches Mitglied für den Personalrat aufstellen zu lassen. Aber gewerkschaftlich aktiv war ich immer, egal in welcher Dienststelle.

Annika Stadfeld: Ich war Auszubildende bei der Bundespolizei und möchte mich für die Auszubildenden und Jugendlichen stark machen. Für Probleme sollen Lösungen gefunden werden, und die Konditionen der Ausbildungen sollen verbessert werden.

DP: Das heißt genau?

Annika: Wir sind das heute von morgen. Unsere eigenen Ausgebildeten später durch garantierte Übernahmen in der Bundespolizei effektiv einsetzen zu können, wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung.

DP: Anita, wie ging es bei Dir weiter?

Anita: Zwei wunderbare Kollegen fragten mich Jahre später, ob ich in die Freistellung und somit „hauptamtlich“ Personalrätin sein möchte. Für mich eine Überraschung. Ein solches

Amt erschien mir eher etwas für ältere und erfahrenere Kollegen zu sein. Übrigens war mir auch der Umfang der „echten“ (das betont sie) Personalratsarbeit bis dato nicht so bewusst. Ich wagte diesen Schritt und wurde Teil eines großartigen Teams, das gleichzeitig der jüngste Personalrat innerhalb der Brandenburger Polizei war und noch ist.

DP: Was würdet Ihr am liebsten sofort verändern?

Anita: Unseren Ruf. Wer Personalratsarbeit kennt, sie ernst nimmt und mit Herzblut dabei ist, kann unheimlich viel für die Kolleginnen und Kollegen erreichen. Auch gemeinsam mit der Dienststelle.

DP: Aber das ist doch gut. Welchen Ruf meinst Du konkret?

Anita: Personalräte werden zu oft entweder als Gegner oder eben viel zu wenig wahrgenommen. Das finde ich schade und wird der Arbeit unserer vielen Personalräte einfach nicht gerecht. Sich in der Freistellung zu befinden heißt im Übrigen nicht, von jeglicher Arbeit freigestellt zu sein.

DP: Du machst nicht gerade Werbung, Anita.

Anita: (lacht) Stimmt. Also: Personalratsarbeit ist vielfältig, spannend, herausfordernd und erstreckt sich auf so viele Themenbereiche, die man sonst im täglichen Dienst kaum findet. So besser?

DP: Viel besser.

Anita: Siehst Du, wenn ich will (lacht) ... Unsere Nachwuchssorgen wären sicher kleiner, wenn unser Ruf dies widerspiegeln würde.

DP: Und Du, Annika?

Annika: Mir ist sehr wichtig, dass Auszubildende einen angesehenen Status erhalten. Die Kolleginnen und Kollegen sollten erfahren, wer wir sind. Ich denke, das ist in den letzten Jahren ein wenig untergegangen.

DP: Könnt Ihr Euch eine polizeiliche Arbeitswelt ohne Mitbestimmung vorstellen?

Annika: Klares Nein. Der Personalrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung haben gegenüber der Behörde eine Kontrollfunktion zugunsten der Beschäftigten. Würde man dieser nicht nachkommen, könnte die Behörde zum Nachteil eines Beschäftigten handeln.

Anita: Genau. Auch von mir ein entschiedenes Nein!

DP: Wie hat Corona Euren Arbeitsalltag beeinflusst?

Annika: Der erste Lockdown Mitte März 2020 erschwerte mir meine Ausbildung sehr. Mein vorletzter Blockunterricht in der Berufsschule stand an, anfangs kamen per E-Mail die zu bearbeitenden Aufgaben. Nach kurzer Zeit fand der Unterricht per Videokonferenzen statt. Durch meinen Wechsel von der Direktion Koblenz zur Inspektion Trier war es nicht so einfach, bei meinen neuen Arbeitskollegen sofort Anschluss zu finden. Mittlerweile hat sich das eingependelt.

Foto: privat

**DP-Gesprächspartnerin
Annika Stadfeld**

begann ihre Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten im August 2018 bei der Bundespolizeidirektion Koblenz. Diese schloss mit sie mit Erfolg im Februar 2021 ab. Seither arbeitet sie in der Bundespolizeiinspektion Trier. Zur stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirks-Jugend- und Auszubildendenvertretung wurde die 23-Jährige im vergangenen Juni gewählt.



Anita: Mein Arbeitsalltag gewann an Themenvielfalt. Neue Gesetze, Verordnungen und Verfügungen – gefühlt im Stundentakt. Dazu gerade an der Hochschule wichtige Dinge wie Homeschooling und das Finden kreativer Ideen zur Vermittlung praktischer Inhalte. Und das natürlich unter Beachtung der Hygienebestimmungen.

DP: Sprechen Dich auch Kolleginnen und Kollegen auf persönlicher Ebene an?

Anita: Ja, natürlich. Und uns beschäftigen selbstverständlich deren persönliche Probleme und Schicksale, mit denen wir Pandemie bedingt umgehen müssen. Das Virus bestimmt den Arbeitsalltag, und andere, wichtige Themen kommen leider zu kurz. Vor die Lage zu kommen ist momentan jedoch sehr schwierig.

DP: Welche Chancen bietet die Pandemie, Arbeitsbedingungen zu verbessern?

Annika: Das mobile Arbeiten stellt für viele Beschäftigte eine große Verbesserung dar. An solchen Dingen, die sich als gut bewähren, sollte man anknüpfen und diese weiter ausbauen.

DP: Und bei Euch in Brandenburg?

Anita: Wir haben aus der Not heraus Projekte und Dinge auf den Weg gebracht, die es ohne Pandemie in diesem Umfang so noch nicht gegeben hätte.

DP: Was denn?

Anita: Homeschooling zum Beispiel. Wir haben bei Vorlesungen feststellen können, dass die dort vermittelten Inhalte viel besser aufgenommen wurden als in einem überfüllten, meist auch unruhigen Hörsaal. Bei der Digitalisierung der Lehre sind an unserer Hochschule gute und wichtige Themen schneller auf den Weg gebracht worden.

DP: Aber die Praxisarbeit hat gelitten, oder?

Anita: Ganz sicher ist der Polizeiberuf ein Beruf, der sich maßgeblich an praktischen Inhalten orientiert. Soziale Kompetenz, Eingriffstechniken, Unfallaufnahmen, Spurensicherung und die wichtige Teamfindung lassen sich nun mal nicht im Fernunterricht vermitteln. Wir hoffen, gerade für diese wichtigen Schwerpunkte bald wieder mehr in die Präsenz gehen zu können.

DP: Annika hatte das mobile Arbeiten angesprochen.

Anita: Dieses Fenster hat sich für diejenigen geöffnet, bei denen es möglich war. Gleichzeitig wurde der Prozess, den Kolleginnen und Kollegen das nötige Vertrauen entgegenzubringen, in Gang gesetzt. Die Behördenkultur der Polizei allgemein ist über Jahrzehnte davon geprägt gewesen, dass Vorgesetzte auch ihre Mitarbeiter sehen wollen. Ganz nach dem Motto: Vertrauen ist gut, jedoch Kontrolle ... Die Pandemie hat dieses Arbeiten ohne „Sichtkontrolle“ auf jeden Fall beschleunigt. Jetzt fehlt es noch an technischen Voraussetzungen. Hard- und Software zum Beispiel, um den Prozess zu verstetigen. Das könnte die Polizei als Arbeitgeber auf Sicht attraktiver machen, vor allem für jüngere und kommende Generationen.

DP: Welche Herausforderungen hält die Zukunft für Euch bereit?

Annika: Für uns als jüngere Generation wird es eine große Herausforderung sein, angesichts teils veralteter Arbeitsweisen Aufgaben zu übernehmen beziehungsweise sie neu zu strukturieren. Und dann natürlich unsere Vertretungsarbeit in der JAV.

Anita: Für mich persönlich eine ziemlich große, weil ich im Februar auf unserem Delegiertentag für den Landesvorsitz der GdP Brandenburg kandidieren werde.

DP: An dieser Stelle schon toi, toi, toi, Anita.

Anita: Danke.

DP: Wie bekommt man, zum Beispiel beim Thema Digitalisierung, alle Generationen unter einen Hut?

Annika: Das wird schwierig sein. In der Verwaltung ist der Altersdurchschnitt schon sehr hoch. Deshalb glaube ich, dass Neuerungen bei einem Großteil nicht so gerne gesehen sind. Wichtig ist dennoch, Strukturen und Arbeitsweisen zukunftsorientiert aufzustellen.

Anita: Ja, Annika, das sehe ich ähnlich. Wir müssen jedoch Angebote schaffen. Weiterbildung, Mitnahme, Aufklärung und selbstverständlich rechtliche Grundlagen vereinbaren. So können wir es hinkriegen, zumindest in der dienstlichen Welt die Digitalisierung zu manifestieren und damit auch den weit überwiegenden Teil der Kollegenschaft aufzufangen. Ein „Ohne“ wird

es jedenfalls nicht mehr geben – weder im Dienst noch im Privaten. Zwischenmenschliche Themen, Kommunikation, Diskussion, Verhandlungen, Mitnahme und Teilhabe an Prozessen funktionieren aber noch immer analog am besten. Das sollten wir uns auch künftig vor Augen halten.

DP: Warum könnt Ihr anderen empfehlen, ein Amt im Personalrat oder in der Jugend- und Auszubildendenvertretung zu übernehmen?

Annika: Junge Menschen werden gerne unterschätzt, und in diesem Amt können wir etwas erreichen. Das kommt am Ende allen Jugendlichen und Auszubildenden, in meinem Fall in der Bundespolizei, zugute. Außerdem macht es mir Spaß, mich für andere einzusetzen. Zumal ich weiß, wie schwierig es hier und da sein kann, als Auszubildende wertgeschätzt und akzeptiert zu werden.

Anita: Super, Annika. Das ist der richtige Ansatz. Unzweifelhaft ist die gewerkschaftliche als auch die Personalratsarbeit ein wichtiger Bestandteil der Mitbestimmung und ein im Grundgesetz verankertes Recht. Das wurde hart erkämpft. Sehr schade ist, dass sich momentan nur eine überschaubare Anzahl von Kolleginnen und Kollegen vorstellen kann, zusätzlich zum täglichen Dienst dort noch Zeit und Energie für ein Ehrenamt aufzubringen.

DP: Vielleicht hilft auch Euer Interview?

Anita: Das hoffe ich. Es liegt jedenfalls an uns selbst, sowohl die Personalrats- als auch die Gewerkschaftsarbeit transparenter, greifbarer und erlebbar zu machen. Wir müssen noch aktiver werden und auch zu begeistern wissen. Kein Tag ist wie der andere, die Themenvielfalt ist riesig, und immer schauen wir auf das große Ziel, die Rechte der Beschäftigten zu wahren, zu verbessern, für sie da zu sein, Probleme aufzunehmen, Lösungen zu erarbeiten und Veränderungsprozesse konstruktiv zu begleiten. Ich empfinde dies als spannende Aufgabe für Menschen mit Herzblut.

DP: Annika, Anita, vielen Dank für das Gespräch.

DISZIPLINARRECHT

Für die polizeiliche Praxis

Von **Christoph Keller**.

4. Auflage 2020

Umfang: 592 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 32,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0885-4

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 31,99 € [D]

Im Mittelpunkt dieses Buches steht das formelle Disziplinarrecht. Das behördliche Disziplinarverfahren und die Bemessung von Disziplinarmaßnahmen bilden dabei die thematischen Schwerpunkte. Zugrunde gelegt wird nordrhein-westfälisches Landesrecht und Bundesrecht (LDG NRW/BDG). Die Parallelvorschriften der anderen Bundesländer werden in Zusammenhang mit den behandelten Vorschriften des LDG NRW/BDG genannt und auf landesrechtliche Besonderheiten wird bei Bedarf eingegangen.

Für die 4. Auflage wurde das Buch auf den aktuellen Stand gebracht und in wesentlichen Punkten ergänzt. Änderungen und Fortentwicklungen in der Rechtsprechung wurden berücksichtigt. Hervorzuheben ist die Rechtsprechung des BVerwG zur Disziplinarwürdigkeit außerdienstlicher Dienstvergehen sowie die Fortentwicklung der Rechtsprechung zur Berücksichtigung („Orientierungsrahmen“) von Straftaten bei abstrakter Strafandrohung und konkreten strafrechtlichen Sanktionen. Auch von der Praxis und Rechtsprechung zutage geförderte „neue“ Probleme finden in diesem Buch ihren Niederschlag.

Eine tabellarische Übersicht einzelner Disziplinarmaßnahmen schließt das Buch ab. Zudem geben Mustervordrucke Hilfestellung bei der Durchführung des Verfahrens.



DER AUTOR

Christoph Keller, Polizeidirektor, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW), Abteilung Münster



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

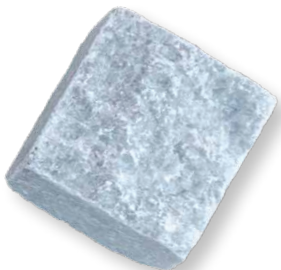
Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

„ANTIFA“

Linke Militanz

Der Verfassungsschutz beobachtet eine neue Intensität gewalttätiger Übergriffe im linksextremen Spektrum. Wie militant ist die „Antifa“ des 21. Jahrhunderts? DP-Autor Dr. Florian Hartleb mit einem Blick nach links ...



Dr. Florian Hartleb

Nach den Krawallen infolge des gewaltsam herbeigeführten Todes des Afroamerikaners George Floyd in Minneapolis durch einen weißen Polizisten im Mai 2020 sah Donald Trump in Antifa-Gruppen die Drahtzieher. Sein Plädoyer für deren Verbot schlug hohe Wellen selbst in Deutschland. In den sozialen Netzwerken verbreitete sich schlagartig der Slogan „Wir sind Antifa“.

„Danke, liebe Antifa“, heißt es oft, titelte der „Tagesspiegel“ am 24. Januar 2014. Autor Sebastian Leber schreibt: „Mich beruhigt es, in einer Stadt zu leben, die eine starke Antifa hat. Weil ich dann sicher bin, dass in meinem Kiez keine Nazis die Meinungshoheit übernehmen.“ Die Antifa würde uns ein Leben ermöglichen, in dem Rechtsextreme keine Rolle spielen sollten.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg produzierte 2020 einen Werbefilm, in dem unkommentiert das Plakat „Antifa ist Liebe“ gezeigt wird. Doch hinter der schönen Fassade steht die Wirklichkeit. Dort in der Rigaer Straße 94 – wo ein seit 1990 dauerbesetztes Haus mit Kultcharakter für die Szene steht – wird die öffentliche Ordnung



Foto: SergeyVachok, Adobe.com

attackiert. Im Juli 2021 wurden 60 Polizisten, zwei davon schwer, bei einem Hauseinsatz verletzt. Selbst die „Süddeutsche Zeitung“ sprach Mitte Juni 2021 von „Endkampf-Fantasien eines hermetisch abgeschotteten Zirkels der radikalen Linken“. Bereits 2016 war es dort zu einer Gewalteskalation und einer breiten Unterstützung gekommen.

Wer ist die „Antifa“?

Die „Antifa“ als einzelne Organisation gibt es nicht. Sie bezieht sich, wie auch der Verfassungsschutz einschätzt, auf ein „Aktionsfeld“ aus dem linken politischen Spektrum. Unterstützung und Rückendeckung bekommt sie von Kräften, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. Beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 wurden bei linksextremen Übergriffen auf Polizisten Hunderte Menschen verletzt, auch durch einen sogenannten Schwarzen Block. Auch als Folge davon wurde das linksextremistische Internetportal „Indymedia“ in Deutschland verboten, ein globales Mediennetzwerk mit dem Charakter ei-

ner nicht-staatlichen Organisation (NGO). Autonome nutzen die Plattform zum Beispiel für Bekennerschreiben zu Brandanschlägen, etwa auf die SPD-Parteizentrale oder Hamburger Messe im Vorfeld des G20-Gipfels. Es fanden sich dort auch Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails.

Eine neue RAF?

Radikale Linke gebrauchen in der Geschichte des letzten Jahrhunderts und in der Gegenwart das Wort „Antifaschismus“ positiv. Doch wie „friedlich“ ist der gelebte Antifaschismus? Immerhin ist „Nazis auf’s Maul“ eine Parole, die seit Jahren auf Gegendemonstrationen zu rechtsextremen Kundgebungen auftaucht. T-Shirts und Poster gibt es im Versandhandel. Durch neue Entwicklungen lässt sich daraus eine Gewaltbereitschaft ableiten.

Gewalt also als legitimes Mittel im „Kampf gegen rechts“? Immerhin ist im Linksextremismus eine neue Qualität der gewalttätigen Übergriffe zu beobachten, wie Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenweg kürzlich bemerkte. Vor allem greift das Phänomen der „Nazi-Jagd“ um sich. Was das konkret bedeutet, zeigt ein Fall im thüringischen Erfurt. Als Polizisten verkleidet brachen mutmaßliche Antifa-Aktivistinnen im Morgengrauen des 28. Mai 2021 die Wohnung eines bekannten Rechtsextremisten auf, schlugen auf ihn ein und fesselten seine schwangere Freundin. Ein „Kommando“ bekannte sich zur Tat, die mit Rache begründet wurde. Bedenklich ist zudem die geringe Aufklärungsrate von 25 Prozent, die Sicherheitsbehörden bei linksextremen Straftaten intern ausmachen. Immerhin ist es zu einer Serie gewalttätiger Attacken gekommen, die (auch) einen organisatorischen Überbau hatte.

Lina E., eine zum Tatzeitpunkt 26-jährige Erziehungswissenschaftlerin, die ihre Bachelorarbeit über den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) schrieb, wird der Prozess gemacht. Ihr untergetauchter Verlobter hat sich den Hass auf Polizisten auf seine Fingerknöchel tätowiert: „Hate Cops“ steht da. Die Gruppe hat offenbar zwischen 2018 und 2020 in Leipzig, Wurzen (Sachsen) und Eisenach (Thüringen) sechs schwere Überfälle auf vermeintliche Rechte begangen. Lina E. soll Opfer ausgespäht und bei Attacken das „Kommando übernommen“ haben.

Schon Ende 2019 gründete die sächsische CDU-Regierung zur Bekämpfung des Linksextremismus die „Sonderkommission Linx“. Allein im ersten Halbjahr 2020 eröffnete diese Polizeieinheit 335 Ermittlungsverfahren, wie aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei hervorgeht. Die meisten davon verliefen aus Mangel an Beweisen im Sand, in einigen Fällen wurde das Vorgehen später für rechtswidrig erklärt. In der Tat scheint es zu hochgegriffen, von einer neuen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) zu sprechen, wie in der Öffentlichkeit kursierte. Dennoch ist die Militanz augenfällig. Dazu gibt es öffentliche Unterstützung – wie einst bei der RAF. Schon die Festnahme von Lina E. löste Solidaritätsaktionen und Straftaten aus, bis zu Brandstiftungen an Fahrzeugen der Bundespolizei.

Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) fordert auf ihren Seiten „Freiheit für Lina“: „Während rechte Corona-Leugner marodierend durch Leipzig ziehen können, werden hier mehrere Personen kriminalisiert, um die linke Bewegung einzuschüchtern. An Lina soll dabei offensichtlich ein besonderes Exempel statuiert werden“, heißt es da.

Breite Solidarität

Juliane Nagel, Linken-Landtagsabgeordnete in Sachsen und präsent in Leipzig-Connewitz, organisierte am 18. September 2021 eine Demonstration unter dem Slogan „Wir sind alle LinX“. Rund 3.500 Teilnehmende aus dem ganzen Bundesgebiet waren angereist. Man forderte „die Entnazifizierung der deutschen Sicherheitsbehörden, die Auflösung der Soko Linx und Freiheit für alle AntifaschistInnen“. Auf einem Banner war ein offener Mordaufruf gegen Dirk Münster, dem Leiter der Soko LinX, zu lesen. Später sind auch Polizisten und deren Einsatzfahrzeuge beworfen worden. Sieben Einsatzkräfte trugen dabei leichte Verletzungen davon.

Hotspot Leipzig

Generell gilt Leipzig als Hochburg linksextremer Gewalt. Wurde Linksextremismus lange mit Sachbeschädigung wie eingeschlagenen Scheiben und brennenden Autos assoziiert, findet nun ganz offenbar



info



Prof. Dr.
Stefan Goertz

Foto: M. Fraenkel

Die Seite „linksunten.indymedia“ war hierzulande bis zu ihrem Verbot 2017 die größte Online-Plattform für die gewaltbereite linksextreme Szene. Ihre Neuauflage unter dem Namen „de.indymedia“ füllt diese Lücke. Sie gilt als das wichtigste szeninterne Informations- und Propagandamedium.

Sammelbecken für Gewalt

Auf der Plattform „linksunten.indymedia“ war wiederholt zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen worden. Sie diente als zentrales Medium zur Verbreitung von Beiträgen mit strafbaren und verfassungsfeindlichen Inhalten. Es wurde öffentlich zur Begehung von Gewaltstraftaten gegen Vertreter des Staates und zu Sabotageaktionen aufgerufen.

„Sozialer Krieg“

Den Angriff linksextremer Autonome auf Polizisten in der Silvesternacht 2019/2020 in Leipzig-Connewitz rechtfertigte „de.indymedia“ so: „Die direkte Konfrontation mit den Bullenschweinen an diesem Tag war vorprogrammiert, und gezielt von uns gewollt. [...] Wir wählen den Weg der Verteidigung, den Weg des Widerstands [...], den Weg des Angriffs, um uns im sozialen Krieg zu behaupten.“

„Outings“

In sogenannten Outings werden auf der Plattform Bilder und Adressen „unliebsamer Personen“ veröffentlicht, oft in Verbindung mit direkten oder indirekten Aufrufen zur Begehung von Straftaten – darunter sind auch wiederholt Namen und Fotos von Polizisten.

Antifaschismus

Das linksextremistische Verständnis von „Antifaschismus“ zeigt die „de.indymedia“-Reaktion auf die Festnahme einer Linksextremen in Leipzig am 5. November 2020: „Physische Gewalt gegen Nazis ist notwendiger Teil antifaschistischer Politik. (...) Der Faschismus ist eine gewalttätige Vernichtungsideologie, die es zu bekämpfen gilt, auf allen Ebenen, mit allen Mitteln!“ (de.indymedia.org, 6.11.2020).

Extremismusexperte Prof. Dr. Stefan Goertz, Dozent an der Hochschule des Bundes in Lübeck im Fachbereich Bundespolizei, mit einem komprimierten Hintergrund zur Propaganda-Plattform der linken Szene.

eine Enthemmung der Gewalt statt. Es zeigt sich eine allgemeine Tendenz: „Gewaltsame Aktionen gegen Sachen und Personen im Umfeld der als ‚rechts‘ definierten Szene finden nahezu täglich statt. Im Fokus steht seit mehreren Jahren die AfD. Auch Identitäre, Reichsbürger oder Burschenschaftler werden gleichsam zum „Abschuss“ freigegeben. Für die linken Gewalttäter sind es antifaschistische und antirassistische Aktionen“, formulieren Klaus Schroeder und Monika Deutz Schroeder in ihrem 2019 erschienenen Buch „Der Kampf ist nicht zu Ende. Geschichte und Aktualität linker Gewalt“. So wurde etwa im September 2021 das Auto des AfD-Politikers Vadim Derksen in Berlin angezündet. Schon zuvor wurden der Antifa konkrete Handlungen zugeschrieben, die zum Abbruch der Lehrveranstaltungen des ehemaligen Vorsitzenden der Alternative für Deutschland (AfD) und Hochschulprofessors, Bernd Lucke, oder zur Blockade einer Lesung des ehemaligen Bundesinnenministers Thomas de Maizière (CDU) führten. Es handelt sich um einen linksextremistischen Antifaschismus, der tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremen die Anerkennung von Grund- und Menschenrechten verweigert. Hier geht es etwa um die Veröffentlichung von persönlichen Informationen im Internet, das „Nazi-Outing“. Die „Künstlergruppe“ namens „Zentrum für Politische Schönheit“ ließ etwa verlautbaren: „Denunzieren Sie noch heute Ihren Arbeitskollegen, Nachbarn oder Bekannten und kassieren Sie Sofort-Bargeld. Helfen Sie uns, die entsprechenden Problemdeutschen aus der Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst zu entfernen“. So gab es die Aktion, über die Website „Soko Chemnitz“ mehr als 1500 Personen, die angeblich auf rechtsradikalen Demos fotografiert wurden, zu denunzieren. Im September 2021 kam ans Tageslicht, dass 53 namentlich genannte Politiker der AfD über eine Website Morddrohungen erhalten haben. In einem Anhang des Pamph-

lets standen alle Wohnadressen der Politiker sowie eine präzise mehrseitige Anleitung zur Herstellung von gefährlichen Sprengsätzen. Die Ermittlungen liefen, meldete „Focus online“ Anfang Oktober.

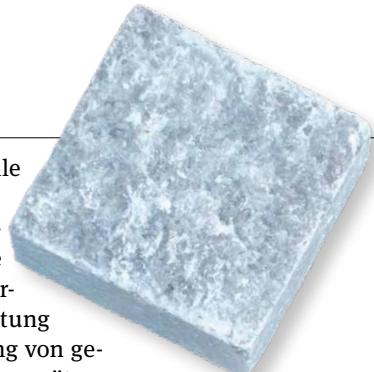
Antixtremismus ist nicht gleich Antifaschismus

Die Linksextremismusprävention steckt noch in den „Kinderschuhen“, gerade, was Deradikalisierungsprogramme angeht, zeigen sich die Autoren Tom Mannewitz und Tom Thieme in ihrem 2020 erschienenen Buch „Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland“ überzeugt.

Der offenkundig steigende Bedarf zeigt sich nicht nur in den „Brennpunkten“ Leipzig und Berlin – und auch nicht nur am 1. Mai, wo es seit Jahren immer wieder zu Krawallen kommt. Ein Film aus dem Jahr 2020, der auch auf Streaming-Portal Netflix anzusehen ist, „Und morgen die ganze Welt“, thematisiert das Leben einer Antifa-Aktivistin. Hauptmotiv ist dabei die Militanz gegen Rechtsextreme. Die Regisseurin Julia von Heinz lässt dabei ihre autobiographischen Bezüge einfließen.

Mit dem nach der Erstaussstrahlung bekannten Fall „Lina E.“ hat der Film eine verblüffend reale Entsprechung gefunden. Dabei kommt es jedoch immer noch zur Verklärung. Es wird, wie einst bei der RAF suggeriert, der Linksextremismus habe etwas Gutes, sind doch wohlhabende „Kinder“ die Agitatoren. Diese Verharmlosung unterschlägt den um sich greifenden Hass auf die Polizei, der sich etwa auch in Anschlägen auf Geschäftsstellen der Gewerkschaft der Polizei, etwa in Hamburg und Bremen, entlädt.

Extremismus-Ausprägungen sollten nicht gegenseitig ausgespielt werden. Wenn „Rechte“ oder Polizisten durch gut organisierte und orchestrierte linken Militanz zum Opfer fallen, sollte jedoch entsprechende Aufmerksamkeit geboten sein. ■



Innenleben

DAS BILDUNGSPROGRAMM 2022 FÜR AKTIVE GdP-MITGLIEDER

Wer's wissen will

Lydia Häber

Du bist für Deine Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Einsatz? Oder Du möchtest Dich künftig für die GdP engagieren? Dann schau in das neue Seminar- und Bildungsprogramm 2022 und informiere Dich bei Deinem Landesbezirk oder Bezirk über das vielfältige Bildungsangebot des GdP-Bundesvorstandes. Werde aktiv, vernetze Dich, erlange neues Wissen und stärke deine Fähigkeiten für die gewerkschaftliche Arbeit.

Auf geht's. Lass' uns gemeinsam die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten. Die Verantwortlichen in den Landesbezirken oder Bezirken unterstützen Dich im weiteren Anmeldeprozess. ■

Seminar- und Bildungsprogramm 2022

Gewerkschaft der Polizei Bundesvorstand

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten -

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichersparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Sensationell günstig

AK FINANZ

Exklusivzins
sehr gut

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: 0621.178180-0
info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

Polizei DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Zukunft Mobilität

Mobilität im Wandel

Mehr Infos auf www.zukunft-mobilitaet.info

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif- **0800-33 10 332**
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

**www.Polizei
DeinPartner.de**

Kommentiert

AUF SCHMALEM GRAT ...

... mit guter Balance

Jörg Radek



Foto: Zeilasto

Die Geschichte dieser Pandemie ist noch längst nicht geschrieben. Dennoch legt ihr Verlauf schon jetzt gesellschaftliche Brüche offen. An diesen Bruchlinien arbeiten die Beschäftigten der Polizei, Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ihr erlebt unmittelbar und ohne Filter die Wirkungen von Entscheidungen – diese gesteuert durch Politik und Verwaltung. Ihr erfahrt in den Gesprächen und im Einschreiten zur Durchsetzung des Rechts Zusp

für Euer Handeln. Aber Ihr spürt auch, wie dieser schwindet.

Je mehr die Welt still zu stehen scheint, je intensiver wird dieser Prozess kommentiert. Dabei gilt nicht selten: lauter, schriller, weiter. Wem nützt dies?

Nun ja, der Meinungsfreiheit sicherlich, denn es darf auch widersprochen werden. Das tun wir hier und fordern: Die Auflagen zur Pandemiebekämpfung müssen widerspruchsfrei sein.

Doch manche Wortmeldung über Funk, Fernsehen und via Internet befördert und befeuert die Skepsis gegenüber dem Staat. Sie suggeriert die vermeintliche Aufspaltung unserer Gesellschaft in „die da oben“ und „wir da unten“. Dazwischen seid ihr, unsere Kolleginnen und Kollegen. Wer sich zu Wort meldet, muss dies wissen und die Verantwortung für die Wellen des geworfenen Steines ertragen. Ob das Infragestellen polizeilicher Präsenz oder das Einhalten der Maskenpflicht. Spätestens seit den tödlichen Schüssen von Idar-Oberstein ist unser gesellschaftliches Klima im Wandel.

Besonnenheit statt Impulsivität

Was wirkt toxisch auf eine offene Gesellschaft? Wenn die innere Ruhe angefasst ist! Das Empfinden, ungerecht behandelt zu werden und ohnmächtig zu sein, kennen wir. Notwendig bleibt jedoch Besonnenheit statt Impulsivität. Keine vorschnellen Urteile zu fällen, ist ein Beitrag für ein besseres gestärktes Miteinander.

Das Trennende noch herauszustellen, schürt Neid, Missgunst, Eifersucht. Das dient niemandem. Am Ehesten denen, die glauben, das Recht in die eigenen Hände nehmen zu dürfen und sich so außerhalb dieser Gemeinschaft stellen. Das darf den vielen, die anders denken, nicht gleichgültig sein. Das darf nicht klein geredet werden. Gleichgültigkeit bedient das Trennende.

Mit Bedacht gewählte Antworten in hoch nervösen Zeiten sind nicht leicht zu finden. Umso einfacher wird es, wenn klare Entscheidungen den Weg eindeutig weisen. Wenn mit Mut und Entschlossenheit, bestehende Probleme und deren Verursacher identifiziert, aber gleichzeitig Kritiker wahrgenommen – und nicht in die Ecke gestellt werden. Dies würden die Echos in ihren Kammern noch hallender dröhnen lassen.

Das ist ein schmaler Grat, den wir mit gutem Balancegefühl bewältigen können sollten. ■

ANZEIGE

REISEMARKT

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

Büsum - Nordseeküste

Gemütliche Ferienwohnung, neu renoviert, ruhige Lage, Strandnähe, ca. 3 Minuten zur Gehstraße
sandra.knueppel@gmx.de oder 0172/1561290

SOMMER PAUSCHALE ALL IN ONE

1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 525,-

KOSTENLOS INKLUSIVE
Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta, Wanderbus, geführte Wanderungen, MTB-Verleih, 4-Gang Abendmenü, Wellness mit Gartensauna, Tolles Programm für Kinder & Jugendliche vom TVB; Kinderermäßigung.

BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

www.postsee.at info@postsee.at

Action mit wasser-craft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Service



Steuererklärung-Polizei.de

STEUERERKLÄRUNG

Mit diesen Tipps Geld sparen

Christian Herold



WANN?

Wer zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung für das Jahr 2021 verpflichtet ist, hat dafür bis 1. August 2022 Zeit. Übernimmt ein Steuerberater oder ein Lohnsteuerhilfeverein die Steuererklärung, läuft die Abgabefrist bis 28. Februar 2023.



MOBILITÄTSPRÄMIE FÜR PENDLER

Die Pendlerpauschale wurde von 30 auf 35 Cent ab dem 21. Entfernungskilometer erhöht. Dies macht sich bei geringen Einkommen jedoch kaum bemerkbar. Die hohen Spritpreise tun ihr Übriges. Unter der gleichnamigen Anlage können betroffene Arbeitnehmer daher eine „Mobilitätsprämie“ betragen. Die Prämie beträgt 4,9 Cent ab dem 21. Kilometer, wird aber nur gewährt, wenn mit Fahrt- und übrigen Werbungskosten der Arbeitnehmer-Pauschbetrag überschritten wird.



HEIMARBEIT

In der Anlage N findet sich bei den „Werbungskosten“ die Frage nach den Heimarbeits Tagen. Für diese Tage wird die Pendlerpauschale für Fahrten zur Arbeit verständ-

licherweise nicht gewährt. Die Finanzämter fordern daher zunehmend Arbeitgeberbescheinigungen über die Tage an, an denen die Dienststelle tatsächlich aufgesucht worden ist. Die Regel, dass bei einer Fünf-Tage-Woche 230 Fahrten zur Arbeit pro Jahr ohne weitere Prüfung akzeptiert werden, gilt für das Jahr 2021 also nicht mehr ohne Weiteres.

WICHTIG: Konnten Sie Ihr Büro in der Dienststelle Corona bedingt nicht nutzen und haben von Zuhause aus gearbeitet? Dann können Sie eine Homeoffice-Pauschale von 5 Euro pro Tag, maximal 600 Euro, geltend machen. Haben Sie ein häusliches Arbeitszimmer, also nicht nur eine Arbeitsecke genutzt, sind die Kosten bis zu 1.250 Euro steuerlich abziehbar. Posten wie anteilige Miete oder Nebenkosten müssen aufgelistet werden. Wo genau Sie das in der Steuererklärung finden, zeigt Ihnen die Anwendung **Steuererklärung-Polizei.de** ganz genau.

TIPP: Wer an mindestens drei Tagen pro Woche von zu Hause aus gearbeitet hat, darf seine Kosten für das Arbeitszimmer sogar ohne Deckelung auf 1.250 Euro, also in voller Höhe, abziehen.



ZWEITWOHNUNG

Polizeibeschäftigte, die weit entfernt von ihrem Hauptwohnsitz tätig sind, mieten oft eine Zweitwohnung in Nähe der Dienststelle. Ist ihr Lebensmittelpunkt weiter am Heimatort, dürfen sie die Kosten der doppelten Haushaltsführung steuerlich geltend ma-

chen. Das sind insbesondere die Kosten der Zweitwohnung, gedeckelt auf 1.000 Euro pro Monat, sowie im bestimmten Rahmen Verpflegungskosten und Fahrtkosten für Familienheimfahrten. Bei Verheirateten ist die Anerkennung der doppelten Haushaltsführung zumeist kein Problem. Bei Ledigen ist es komplizierter, wenn sie keine eigene Wohnung nutzen, sondern noch im Haus der Eltern wohnen. Bei berufstätigen Kindern, die während oder nach Beendigung der Ausbildung weiterhin im elterlichen Haushalt ein Zimmer bewohnen, wird ein Abzug der Kosten für eine doppelte Haushaltsführung meist versagt. Bei älteren berufstätigen Kindern, die mit ihren Eltern in einem gemeinsamen Haushalt leben, sind die Kosten des zweiten Haushalts prinzipiell abzugsfähig. Die Kinder müssen sich aber nachweislich mit mehr als zehn Prozent an den Kosten der Haushaltsführung bei den Eltern beteiligen.

TIPP: Ausgaben für die notwendige Einrichtung der Zweitwohnung gehören nicht zu den Kosten, deren Abzug auf 1.000 Euro im Monat begrenzt ist. Dazu hat die Finanzverwaltung nun eine erfreuliche Vereinfachungsregelung bekanntgegeben: Sind die Anschaffungskosten für die Einrichtung und Ausstattung der Zweitwohnung insgesamt nicht höher als 5.000 Euro (brutto), sollen diese Kosten ohne weitere Prüfung als „notwendig“ gelten. ■

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Hingeschaut

AMBOSAFE-STUDIE

Polizei und Rettungsdienst üben gemeinsam

Das Forschungsprojekt „AMBOSafe“ untersucht Angriffe auf Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist als assoziierter Partner an dem Projekt beteiligt. Ein Zwischenbericht.

Anne Herr und Prof. Dr. Clemens Lorei

Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV)

Die bundesweite Datenerhebung im Forschungsprojekt AMBOSafe („Angriffe auf Mitarbeiter*innen von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“) ist abgeschlossen. Die zweite Phase hat offiziell begonnen. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Förderlinie „Anwender-Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit II“.

Eine Besonderheit des AMBOSafe-Forschungsprojekts ist die berufsgruppenübergreifende Untersuchung von Angriffen gegenüber Mitarbeitenden aus sicherheits-

relevanten Tätigkeitsfeldern innerhalb einer Studie. In der Praxis haben die Berufsgruppen zwar abgegrenzte Aufgabenbereiche und Arbeitsschwerpunkte, sind aber dennoch häufig am selben Einsatzgeschehen beteiligt. Entsprechend bedeutsam ist bei diesen Berufsgruppen die gemeinsame Zusammenarbeit, Kommunikation und gegenseitige Voraussicht.

Im täglichen Dienst ist die Rollenverteilung bei der Zusammenarbeit von Polizei und Rettungsdienst berufsbedingt klar definiert: Der Rettungsdienst ist für die medizinische Akutversorgung der Patientinnen

und Patienten zuständig, während die Polizei für die Sicherheit aller Beteiligten und die Strafverfolgung Sorge tragen muss. Im akuten Einsatzgeschehen können die unterschiedlichen Prioritäten jedoch eine besondere Herausforderung darstellen und erfordern enge Absprachen. Dies wird in der Aus- und Fortbildung jedoch häufig nicht berücksichtigt. Gemeinsame Übungen gibt es selten und wenn nur für Großschadenslagen, die in der Regel keine alltäglichen Einsatzsituationen widerspiegeln.

Wie stellt sich die Zusammenarbeit also dar? In welchen Bereichen gibt es Absprachen zwischen den Berufsgruppen? Und wie verläuft die Zusammenarbeit, insbesondere in Gefahrensituationen?

Erste Übung erfolgreich verlaufen

Ende Oktober hat die erste von drei Übungen stattgefunden. Unter Berücksichtigung der Corona-Vorschriften übten Einsatzkräfte der Polizei und des Rettungsdienstes gemeinsam im Einsatztrainingszentrum am Standort der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung in Mühlheim.

Als Thema wurde eine für Polizistinnen und Polizisten sowie für Kolleginnen und Kollegen der Rettungsdienste eher alltägliche Einsatzsituation ausgewählt - im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Aus der bisherigen Forschung ist bekannt, dass



Gruppenbild der Einsatzkräfte von Polizei und Rettungsdienst. Mit dabei: Einsatztrainer der HfPV, Beobachter und das Projektteam der Studie AMBOSafe.

dabei ein hohes Risiko für Angriffe gegen Einsatzkräfte besteht. Die Stimmung der Beteiligten ist dort häufig emotional aufgeladen. Beengte Platzverhältnisse können zusätzlich dazu führen, dass keine Rückzugsmöglichkeiten bestehen. Zudem ist Gewalt innerhalb der Familie sehr komplex. Und schließlich: Gewalttätigkeit hat sich dort bereits ereignet, ein Funke genügt und vor Ort eskalieren Streitsituationen erneut.

In Absprache mit routinierten Einsatztrainern der Polizei wurden zwei Szenarien konzipiert und mit berufserfahrenen Einsatzkräften der Polizei und des Rettungsdienstes „durchgespielt“. Diese „Schauplätze“ unterschieden sich beispielsweise in der zur Verfügung stehenden Informationslage oder in der Kräftestärke von Polizei und Rettungsdienst bei der Alarmierung. Bei der Auswertung soll nun untersucht werden, welche Faktoren eine gute Kommunikation begünstigen, wie Unklarheiten hinsichtlich notwendiger Absprachen reduziert und gemeinsame Einsatzsituationen konstruktiv gelöst werden können.

Erfolgreicher Verlauf

Die Veranstaltung ist erfolgreich verlaufen. Aus den Videoaufnahmen, der abschließenden Evaluation und den persönlichen Erfahrungswerten der Teilnehmenden können nun wertvolle Anknüpfungspunkte für den Umgang mit Gewalterleben im Dienst gewonnen werden. Neben den Verbundprojektpartnern waren auch Gäste des Projektförderers (VDI), des Bundeskriminalamtes und des RHÖN-Klinikums anwesend. Ein besonderer Dank gilt den unterstützenden Einsatzkräften des Polizeipräsidiums Frankfurt/Main, dem Rettungsdienst Offenbach gGmbH des Deutschen Roten Kreuzes sowie den Einsatztrainern und der Abteilungsleitung des Studienstandortes Mühlheim.

Zwei weitere Übungen

Vor dem Hintergrund einer Beobachtung und Untersuchung der Zusammenarbeit von Polizei und Rettenden stehen zu Jahresanfang im Rahmen des Forschungsprojektes zwei weitere Übungen an. Dargestellt werden Einsatzszenarien zu Übergriffen eines Patienten in der Notaufnahme sowie eine Lage mit randalierenden Fußballfans im Bahnhofsbereich. ■

Innenleben



Symbolische Amtsübergabe: Hans-Jürgen Kirstein (l.) gratuliert Gundram Lottmann (r.) zum Landesvorsitz.

ERSTER DIGITALER LANDESDELEGIERTENTAG

GdP Baden-Württemberg mit neuem Vorsitzenden

Im Dezember hat der digitale Landesdelegiertentag der GdP Baden-Württemberg Gundram Lottmann, bisher Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand und Stellvertretender Landesvorsitzender, zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der 53-jährige Erste Polizeihauptkommissar übernahm das Amt von Hans-Jürgen Kirstein. Lottmann ist seit 2017 im Hauptpersonalrat der „Ländle“-Polizei tätig.

Kathrin Schramm

Noch bis Mitte November waren die Kolleginnen und Kollegen von einer Präsenzveranstaltung mit etwa 300 Personen in Europa Park Rust ausgegangen. Doch die Herausforderung war gemeistert worden, so zeigten sich die Veranstalter stolz, den ersten digitalen Landesdelegiertentag auf die Beine gestellt zu haben.

Allen Teilnehmenden wurde ermöglicht, nicht nur eine enorm große Datenbandbreite komfortabel nutzen zu können, sondern sich auch aus den heimischen Standorten mit Wortbeiträgen zu beteiligen. Von den 242 gemeldeten stimmberechtigten Delegierten waren im Schnitt mehr als 230 Personen konstant online. Dazu kamen ungefähr 30 bis 40 Personen, die sich als berechtigte Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder als Gäste aktiv an den Diskussionen beteiligten oder einfach still folgten. Ursprünglich live geplante Grußworte des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl, von Martin Kunzmann (Deutscher Gewerkschaftsbund) und des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow wurden kurzfristig als digitale Einspieler gefertigt.

Die vierköpfige Verhandlungsleitung sowie der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV) waren unter Einhaltung aller Corona-Schutzmaßnahmen in direkter örtlicher Nachbarschaft untergebracht.

Der neue GdP-Chef Lottmann wird unterstützt von Torsten Fröhlich (Landeskassier) sowie Heinz Remke im Amt des Landesschriftführers. Der GLV wird komplettiert durch Diana Arnold (Stellvertretende Landesvorsitzende Bereich Beamte), Thomas Mohr (Stellvertretender Landesvorsitzender Bereich Beamte), Hans-Georg Gloiber (Stellvertretender Landesvorsitzender Bereich Tarif) sowie Marius Buck und Markus Glock (Beisitzer) und Susanne Schroff (Beisitzer).

Mit der Beratung und Entschließung von über 100 Anträgen wurden die Weichen für die anstehende fünfjährige Amtsperiode gestellt.

Kollege Lottmann schloss den Landesdelegiertentag mit herzlichen Dankesworten an den scheidenden Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Kirstein und würdigte die ehemaligen GLV-Kollegen Carsten Beck, Rolf Kircher, Norbert Nolle und Robert Silbe für die in vielen Jahren geleistete Arbeit und hohe Loyalität. ■

DGB-MAGAZIN

Print-„BM“ auch künftig im Abo



Seit vielen Jahren gibt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) „BM“, das Magazin für Beamtinnen und Beamte, heraus. Dieser hat nunmehr mitgeteilt, dass die langjährige Zusammenarbeit mit dem Infoservice Öffentlicher Dienst, der für den Druck, den Vertrieb und Weiteres verantwortlich war, zum Jahresende beendet wurde.

Danny Prusseit

Für „BM“-Lesende beziehungsweise Abonnierende, die das Magazin beim Infoservice Öffentlicher Dienst oder über den DGB bezogen haben, sind die bestehenden Abos Ende 2021 ausgelaufen. Soweit die schlechte Nachricht.

Die gute ist: Das etablierte Magazin wird es auch weiterhin in gewohnter Weise als gedrucktes Medium geben. Damit liefert der DGB auch künftig spannende Zahlen, Daten und Fakten zum öffentlichen Dienst, dazu Aktuelles zu Besoldung, Versorgung und Beihilfe sowie Interviews mit Persönlichkeiten aus der Personalratsarbeit, der Politik und den Gewerkschaften.

Von besonderer Bedeutung sind Einblicke in aktuelle Entwicklungen in allen deutschen Ländern sowie beim Bund. Die Föderalisierung des Beamtenrechts macht einen solchen Überblick äußerst wertvoll.

Alt-Abonnierende sowie Neu-Interessierte, die das „BM“ erhalten möchten, können die zehn Mal im Jahr erscheinende, Print-Publikation für 15 Euro jährlich online unter www.dgb.de/beamtenmagazinabo bestellen.

Mehr zum „BM“ ist unter www.dgb.de/beamtenmagazin zu finden. Letzter Hinweis: Das Magazin kann nur gedruckt abonniert werden. ■

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 01 | 71. Jahrgang 2022
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
 Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
 Stromstr. 4, 10555 Berlin
 Telefon 030 399921-0
 Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
 Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
 Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
 gdp-pressestelle@gdp.de
 Telefon 030 399921-113
 Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Zzvet/istockphoto.com

Die unter Verfasseramen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
 Forststr. 3a, 40721 Hilden
 Telefon 0211 7104-183
 Telefax 0211 7104-174
 av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenliste Nr. 44 vom 1. Januar 2021.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirksteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

191.710 Exemplare
 ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT

Geprüfte Auflage
 Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42–50, 47608 Geldern
 Postfach 1452, 47594 Geldern
 Telefon 02831 396-0
 Telefax 02831 396-89887
 av@vdp-polizei.de

Der Countdown läuft: Nur noch neun Monate bis zum Bundeskongress. Vom 12. bis 15. September heißt es dann „Für uns. Für Morgen.“
 Zeit, schon mal die Koffer bereitzustellen ...





DEUTSCHER
FUSSBALL-BUND

**JEDER VERDIEN
RESPEKT.
WIR SAGEN DANKE.**

Auf gute Zusammenarbeit auch 2022!

DEINE FOTOS IM EINSATZ!

Du bist kein Profifotograf? Sehr gut.

Denn wir suchen authentische Bilder deiner täglichen Arbeit. Die professionelle Aufarbeitung übernehmen anschließend wir. Wichtig ist nur eine ausreichende Ausgangsqualität.

Im großen GdP-Kalendersortiment und auf vielen Werbeprodukten veröffentlichen wir jedes Jahr spannende und repräsentative Motive, künstlerisch aufgearbeitet aus allen Bereichen der Polizeiarbeit.

Ob aus dem Streifendienst oder der Bundespolizei, Wasserschutz oder Fliegerstaffel, Kripo oder Zoll – wir zeigen den Polizeiberuf in seiner gesamten Vielfalt.

Sende uns jetzt deine besten Fotos zu und mit etwas Glück werden diese Bilder Teil eines GdP-Kalenders.

Alle Infos zur Teilnahme findest du unter:
www.osg-werbemittel.de/downloadcenter



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de